

**Deutscher Bundestag**

15. Wahlperiode

Finanzausschuss (7. A.)

Protokoll Nr. 15/28

Öffentliche Anhörung

des Finanzausschusses

**zu dem Thema:**

**„Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze“**

**Drs. 15/1313**

**am Mittwoch, 24. September 2003**

Berlin, Plenarbereich Reichstagsgebäude,  
Saal 3 N 001

**Wortprotokoll<sup>\*)</sup>**

Vorsitz: Abg. Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

<sup>\*)</sup> Die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind ab Seite 57 beigefügt.

Beginn der Sitzung: 12.35 Uhr

**Vorsitzende Christine Scheel:** Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen und hoffe, dass Sie eine gute Anreise hatten. In erster Linie gilt dies den Expertinnen und Experten, die ihr Sachwissen zur Verfügung stellen. Ich begrüße natürlich auch die Kollegen und Kolleginnen der anderen Ausschüsse. Die Finanzausschussmitglieder haben sich heute schon gesehen. Wir haben heute morgen schon um 7.45 Uhr mit unseren Beratungen begonnen. Ich begrüße auch die Vertreter und Vertreterinnen der Medien und selbstverständlich auch einige Zuhörer und Zuhörerinnen, die sich hier im Raum befinden und an der Veranstaltung aus Interesse teilnehmen. Gegenstand der heutigen Anhörung ist das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuer- und anderer Verbrauchsteuergesetze. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei Ihnen bedanken, dass Sie zu den einzelnen Sachverhalten auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben haben. Wir haben diese Stellungnahmen an alle Kollegen und Kolleginnen, auch an die Kolleginnen und Kollegen der mitberatenden Ausschüsse, weitergegeben. Die Stellungnahmen haben damit eine relativ hohe Streubreite - ich sage immer, es lohnt sich eine abzugeben. Zum Zeitplan: Wir haben vorgesehen, den Gesetzentwurf nach der heutigen Anhörung im Finanzausschuss am 30. September 2003 abschließend zu beraten. Die 2./3. Lesung soll am 17. Oktober 2003 erfolgen und voraussichtlich am 7. November 2003 wird sich der Bundesrat mit der Gesetzesvorlage befassen - dieses nur, damit Sie einen Überblick haben, wie das parlamentarische Verfahren weitergeht. Vom Zeitablauf haben wir vorgesehen, bis etwa 15.30 Uhr zu beraten. Ich hoffe, wir kommen mit der Zeit hin. Ich hoffe, dass wir das einhalten können, weil viele in ihren Planungen Anschlusstermine haben oder Züge oder Flüge pünktlich erreichen müssen. Wir haben im Finanzausschuss die Praxis, dass keine allgemeinen Statements abgegeben werden sollen, sondern dass die Kolleginnen und Kollegen Fragen an Sie richten. Hier links sitzen die SPD-Kollegen und die Grünen, rechts die CDU/CSU und von der FDP ist Herr Thiele da. Ich möchte Sie bitten, die Mikrofone zu benutzen und sie hinterher wieder auszustellen, weil wir sonst ein technisches Problem bekommen. Bitte sagen Sie Ihren Namen und auch die Funktion, und zwar bei jeder Wortmeldung bitte, denn diejenigen, die das Band abschreiben, erkennen die Stimmen nicht automatisch. Die sind auch nicht dabei, d.h. die Zuordnung per Gesicht funktioniert auch dann nicht so einfach. Und schließlich finden Sie sich auch nicht in einem anderen Redebeitrag unter Ihrem Namen wieder. Das wäre vielleicht für den einen oder anderen unangenehm. Der erste Fragesteller ist der Kollege Schild.

**Horst Schild (SPD):** Meine erste Frage richtet sich an das Institut für Wirtschaftsforschung Halle und an den Sachverständigen Dr. Vogelbusch. Insbesondere das IWH hat in seiner Stellungnahme die Auswirkungen vergangener Tabaksteuererhöhungen in Deutschland analysiert und Szenarien auch für mögliche Auswirkungen der Steueranhebung 2004/2005 ausgearbeitet. Ich würde insbesondere das IWH bitten darzulegen, welche Annahmen Sie für realistisch halten und mit welchen Nachfrageänderungen, Ausweichreaktionen und Steuermehreinnahmen am ehesten zu rechnen ist. Herr Dr. Vogelbusch hat sich nach seiner Stellungnahme ebenfalls wissenschaftlich auf diesem Gebiet ausgewiesen und ich bitte auch ihn um seine Einschätzung.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau van Deuverden vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle, bitte.

**Sve van Deuverden (Institut für Wirtschaftsforschung Halle):** In der Stellungnahme des IWH habe ich versucht darzulegen, dass die Ausweichreaktionen, die sich bei den jetzt angestrebten Gesetzesänderungen ergeben, wahrscheinlich so schwer abzuschätzen sind, wie es in der Vergangenheit nicht der Fall war. Wir haben eine Anhäufung von Rechtsänderungen im Tabaksteuerrecht: Das sind nicht nur die beiden Stufen, die jetzt anstehen. Man muss auch die Stufen einbeziehen, die wir zum 1.1. des vergangenen und des laufenden Jahres hatten. Wir haben eine Kumulierung von Rechtsänderungen. Man sieht ganz eindeutig, dass wir auch Verbrauchsausweichreaktionen hatten. Wir hatten zumindest in diesem Jahr einen deutlichen Rückgang beim Zigarettenkonsum. Wenn Sie mich fragen, welche Ausweichreaktionen realistisch sind, dann wird das auch davon abhängen, inwieweit die Steuererhöhung von der Tabakindustrie auf die Preise überwältigt und was für ein Spielraum da gesehen wird. Das ist dann eine Frage, die eher an die Reihe hinter mir gehen sollte. Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheit, habe ich in meiner Stellungnahme versucht, den Vorschlag des BMF - soweit mir das möglich war - mit dem berechneten Steuermehraufkommen abzubilden. Ich habe auch versucht, das Steuermehraufkommen, das wahrscheinlich im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung angestrebt bzw. in die Planung eingestellt worden ist, abzubilden. Und ich habe noch eine weitere Alternative aufgezeigt. Ich messe der Alternative des BMF und der Alternative 3 der Stellungnahme ungefähr die gleiche Wahrscheinlichkeit zu. Das hängt - wie gesagt - vom Preisüberwälzungsverhalten der tabakverarbeitenden Industrie ab. In der Stellungnahme steht auch, dass die Alternative 2 - das sind die Steuermehreinnahmen, die das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung berechnet hat - sich für mich nicht nachvollziehen lässt. Wie gesagt, das passiert natürlich unter der Einschränkung, dass ich für die Berechnung nur das Steuermehraufkommen insgesamt zur Verfügung habe. Sollten die Überwälzungen

von Seiten der Tabakindustrie auf den Preis höher sein, als das in der Alternative 3 ist - hier ist keine vollständige Preisüberwälzung unterstellt worden - dann halte ich es auch durchaus für möglich, dass die erwarteten Steuermehreinnahmen aus der Rechtsänderung deutlich geringer ausfallen könnten.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dr. Vogelbusch, bitte.

**Sv Dr. Vogelbusch (Warth & Klein Wirtschaftsprüfungsgesellschaft):** Ich spreche hier als privater Forscher. Ich habe über das Thema promoviert. Es ist relativ schwierig, eine gesicherte Datenbasis zu bekommen, weil man zu dem Geschehen, das ich mit den grenzüberschreitenden Effekten einer Anhebung einer inländischen Steuer in den Blick genommen habe, keine Daten hat. Jedenfalls nicht direkt. Ich habe seit 1988 an dem Thema gearbeitet und eine verlässliche Quelle gefunden. Das ist eine Totalerhebung, die das Bundesministerium der Finanzen in den Jahren 1982, 1983 und 1984 vorgenommen hat, als ähnliche Preisanhebungen bei der Tabaksteuer waren. Damals sind die Preise für Zigaretten um ungefähr 33 % angehoben worden. Ich kann also nicht zu den Gesamteffekten auf den inländischen und grenzüberschreitenden Konsum sprechen. Ich kann nur über eine Untersuchung sprechen, die an den Grenzabschnitten Norden, Süden und Westen Westdeutschlands in der genannten Zeit vorgenommen worden ist. Ich sage dann noch etwas zu Ostdeutschland. Ich wohne im Osten und habe so meine Erfahrungen, weil ich das Thema natürlich immer beobachte. Das Bundesministerium der Finanzen hat damals festgestellt, die kurzfristigen Effekte einer Anhebung um 1/3 waren, dass 44 % mehr Zigaretten ins Inland eingeführt wurden. Die Steueranhebung hatte also einen erheblichen Effekt. Wir haben jetzt die Lage, dass nach dem Gesetzentwurf die Tabaksteuer in mehreren Schritten angehoben werden soll. Ich würde prognostizieren, dass das Thema in aller Munde ist und dass die Raucher jedenfalls im grenznahen Raum reagieren werden. Ein zweiter Punkt: Es gibt einige Nachbarländer, die geradezu darauf setzen und ihren inländischen Staat dadurch zu finanzieren, dass sie gezielt ihre Steuersätze niedrig am unteren Rand lassen, wie z.B. Luxemburg, und dann auf Kosten der Deutschen leben, die hinüber fahren. In Ostdeutschland ist zu erwarten, dass dort eine deutlich höhere Reaktion sein wird. Ich habe das in den 90er Jahren im Straßenschmuggel erlebt. Das sind Dinge, die mit Sicherheit wieder auftauchen werden. Zum Schmuggel sitzt aber neben uns ein Experte, der genau dort die Dinge beobachtet.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Seiffert, bitte.

**Heinz Seiffert (CDU/CSU):** Ich möchte eine kurze Vorbemerkung machen. Wir haben heute morgen das Haushaltsbegleitgesetz beraten und dabei ging es um zahlreiche steuerliche Einschränkungen. Im Ausschuss sind wir uns nicht einig, ob

das der Abbau von Steuervergünstigungen oder ob es Steuererhöhungen sind. Ich stelle fest, was wir heute Nachmittag zu beraten haben, ist eine Steuererhöhung und eine massive dazu. Insofern verstehe ich die Plakataktion der Bundesregierung für 3,5 Mio. Euro Steuergelder nicht, nach der plakatiert wird, dass Steuern sinken. Was wir hier machen, ist exakt das Gegenteil. Worte und Taten fallen erheblich auseinander. Das war meine Vorbemerkung. Jetzt möchte ich gern den Verband der Zigarettenindustrie und Roland Berger Strategy Consultants fragen: Sie erwarten einen gewaltigen Markteinbruch, Ausweichbewegungen der Raucher und eine Erhöhung des Schwarzhandels. Sie malen drastische Folgen für alle Unternehmen und Gefährdung von Arbeitsplätzen an die Wand. Dann haben Sie aber auch einen Alternativvorschlag der Zigarettenindustrie zum Regierungsentwurf vorgelegt. Sie sagen also nicht grundsätzlich, dass diese massive Steuererhöhung nicht sein darf, sondern Sie machen einen anderen Vorschlag. Können Sie uns den einmal erläutern und ggf. darlegen, warum er besser als der Regierungsentwurf ist.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Gretler vom Verband der Zigarettenindustrie, bitte.

**Sv Gretler (Verband der Zigarettenindustrie):** Ich fange mit dem Alternativvorschlag und dessen Erläuterung an: Nachdem wir von den Plänen der Bundesregierung Anfang Mai gehört haben, haben wir relativ frühzeitig einen konstruktiven Gegenvorschlag gemacht, der sich daran ausrichtete, in etwa, das Tabaksteueraufkommen zu generieren, was ursprünglich mit dem 1 Euro pro Packung in einem Schritt beabsichtigt war. Zu den Modellen im Einzelnen kann sicherlich Roland Berger Strategy Consultants noch Stellung nehmen. Wichtig zu wissen ist - wie es auch vom IWH ausgeführt wurde -, dass wir jetzt von weiteren drei Stufen sprechen. Faktisch sind wir in einem fünfstufigem Steuererhöhungsmodell. Die erste Stufe mit einem Cent hat 1,7 Mrd. Euro gebracht, die zweite Stufe in diesem Jahr wird nur noch 400 Mio. Euro bringen. Wir haben in den ersten acht Monaten einen Rückgang des Zigarettenkonsums in Deutschland von etwa 5%. Damit sieht man, dass die Steuerbasis - das Volumen - doch stärker reagiert, als das ursprünglich in den einzelnen Modellen unterstellt war. Zu den Modellen und zu den Annahmen glaube ich ist es gut, wenn die Originalquelle Roland Berger Strategy Consultants spricht.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Bauer für Roland Berger Strategy Consultants, bitte sehr.

**Sv Bauer (Roland Berger Strategy Consultants GmbH):** Ich bin Partner im Hause Roland Berger und habe die Studie durchgeführt. Sie hatten im Wesentlichen drei Fragen: Zuerst einmal zu den beiden Modelle, die wir untersucht haben. Also zu dem

BMF-Vorschlag, der eine Erhöhung der Tabaksteuer in drei Schritten um jeweils 1,5 Cent pro Zigarette vorsieht, was mit notwendigen Preisüberwälzungsschritten eine Anhebung des Packungspreises um 1,30 Euro in Schritten von 0,50, 0,40 und 0,40 Euro bedeuten würde und zu dem Alternativvorschlag, der vom Verband der Cigarettenindustrie erarbeitet wurde und der eine Erhöhung um jeweils 1 Cent pro Zigarette in drei Schritten über einen längeren Zeithorizont vorsieht. Der BMF-Vorschlag hat einen Zeithorizont von 18 Monaten für die drei Erhöhungsstufen, der VdC-Vorschlag sieht eine Erhöhung in drei Stufen gestaffelt auf 21 Monate vor. In der Summe würde der Alternativvorschlag eine Erhöhung des Packungspreises um 1 Euro in drei Schritten von 0,40, 0,30 und 0,30 Euro bedeuten. Wir haben uns mit den Auswirkungen dieser beiden Modelle auf den Markt für versteuerte Zigaretten im Detail beschäftigt und ein Modell entwickelt, in dem wir den deutschen Verbrauch von versteuerten Zigaretten in den letzten 20 Jahren analysiert haben. Wir haben für die einzelnen Zeiträume insbesondere die Preiselastizitäten des deutschen Rauchers ermittelt und auf Basis dieser aus der Vergangenheit ermittelten Daten Prognosen für die beiden Steuererhöhungsmodelle errechnet, die zu dem Ergebnis kommen, dass wir uns bei beiden Modellen im Bereich eines Preisschocks bewegen. Der wird auch durch die Staffelung auf drei Zeiträume beim Verbraucher als Preisschock ankommen. Wir bewegen uns im Bereich von sehr hohen Preiselastizitäten zwischen - 0,7 und über - 1, d.h. dass wir deutliche Einbrüche im Verbrauch von versteuerten Zigaretten haben werden, weil der Verbraucher inzwischen in einem Preisbereich ist, in dem er sich sehr aktiv um Alternativen bemühen wird und wir relativ massive Abwanderungsbewegungen in Substitute, aber auch in den Schwarzmarkt, bekommen werden. Warum unserer Ansicht nach auf Basis der von uns gerechneten Zahlen der Alternativvorschlag günstiger ist, ist ganz klar die in Summe niedrigere Steuererhöhung. Wir bewegen uns etwas weiter links auf der Elastizitätskurve und gehen davon aus, dass die Marktbeeinflussung etwas geringer und in Summe über den geringeren Markteinbruch im Bereich der versteuerten Zigaretten der absolute Steuereffekt höher ist. Wir müssen aber dazu sagen, dass wir bei beiden Modellen Risiken von negativen Steuerentwicklungen aufgrund von deutlicheren Markteinbrüchen sehen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Nächster bitte Herr Kollege Grasedieck.

**Dieter Grasedieck (SPD):** Herr Seiffert sprach vorhin von Steuererhöhungen. Es ist wirklich sehr leicht vom Abbau von Steuern zu sprechen, sich aber bei der Kompensation bequem zurückzulehnen. Das ist die leichteste Übung wie es die CDU in den letzten Monaten gemacht hat. Wir hoffen, dass da eine Verbesserung in der nächsten Zeit gegeben ist. Insofern habe ich eine Frage an Prof. Lauterbach und Prof. Adams. Wie hoch schätzen Sie die Kosten ein, die durch den Tabakkonsum

entstehen und wie hoch ist der medizinische Nutzen der Tabaksteuererhöhung in der Zukunft?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Prof. Lauterbach, bitte.

**SV Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Die Kosten, die durch den Tabakkonsum für das deutsche Gesundheitssystem pro Jahr entstehen, sind von unserem Institut auf der Grundlage der vorliegenden Berechnungen anderer Institute und einer methodischen Überprüfung noch einmal abgeschätzt worden. Es gibt derzeit keine wirklich belastbare Berechnung. Aber es gibt sehr gute Schätzungen und ich glaube, dass es eine faire Schätzung ist, dass die Zusatzkosten, die durch den Tabakkonsum entstehen, insgesamt 20 Mrd. Euro pro Jahr betragen. Die in Rede stehende Umsetzung der Erhöhung der Tabaksteuer würde nach einer Übergangszeit einen medizinischen Nutzen von ungefähr 30 000 tabakbedingt vermiedenen Todesfällen pro Jahr bedeuten. Das ist eine konservative Abschätzung, die allerdings voraussetzen, dass das VdC-Modell nicht umgesetzt wird. Hier kann es nicht darum gehen, über die beschlossene Maßnahme das Steueraufkommen zu maximieren, sondern hier muss es darum gehen, den Vorbeugeeffekt der Maßnahme zumindest mit zu berücksichtigen oder - das wäre meine Position - in den Vordergrund zu stellen. Wird der von der Bundesregierung vorgetragene Vorschlag wie jetzt vorgesehen umgesetzt, wäre eine konservative Abschätzung, dass Sterblichkeit pro Jahr nach einer Übergangsphase ungefähr um 30 000 Todesfällen pro Jahr sinkt. Das ist zehnmal soviel wie das Früherkennungsprogramm Brustkrebs bringen würde, welches von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird und dessen Einführung in Deutschland sehr sinnvoll wäre. Nur damit wir die Größenordnung verstehen. Hier ist mehr an vermeidbaren Todesfällen zu gewinnen als das zehnfache der Umsetzung des Früherkennungsprogramms für Brustkrebs. Ich plädiere also dafür, die Umsetzung so zu beschließen, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen wird.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Dr. Adams.

**Sv Prof. Dr. Adams:** Die Zahlen, die der Kollege Lauterbach von der medizinischen Seite genannt hat, tauchen genauso in der Literatur auf. Das scheint mir genau richtig zu sein. Allerdings muss man wissen, dass diesen Zahlen ein dramatischer Wert fehlt. Das ist der Wert der zerstörten Lebenserwartung. Wenn sie normalerweise Nutzen-/Kostenuntersuchungen machen, müssen sie den einsetzen. Das hat der Kollege Lauterbach direkt mit dem Früherkennungsprogramm gemacht und gezeigt, wie sinnvoll es ist, hier Geld einzunehmen, um dort Todesfälle zu vermeiden. Das müssen Sie machen, denn wenn Sie sich nur die monetären Kosten

haben, tun Sie so, als würden die Leute, die vorzeitig ableben müssen, nichts wert seien. Das ist offensichtlich eine falsche Rechnung. Deshalb sind sich die Nutzen-Kosten-Rechner, die die volkswirtschaftlichen Effekte berechnen, einig, dass eine Packung Zigaretten mindestens 10 Euro kosten müsste, um die verursachten Kosten zu decken. Um das klar zu sagen, in den USA wird sogar mit bis zu 32 Dollar pro Packung gerechnet. Der Haupttreiber ist die toxische Wirkung von Zigaretten, die so groß ist und solch einen Umfang an Lebenserwartungszerstörung mit sich bringt, dass das monetär bewertet diese Effekte hervorruft. Medizinisch gelten die Zahlen von Herrn Lauterbach. Dazu müssen Sie aber den Gewinn in der Nutzen-Kosten-Überlegung der anderen Werte sehen. Für Deutschland betrügen die Schäden bei sehr konservativer Schätzung insgesamt 79 Mrd. Euro. D.h. der richtige Preis wäre 10,72 Euro.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Michelbach, bitte.

**Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wir haben heute morgen im Finanzausschuss überdeutlich durch die Vertreter des Bundesfinanzministers gehört, dass es um eine Maximierung von Steuereinnahmen geht und nicht um Nachfragerückgang. Es war deutlich zu hören, dass sehr unsichere Berechnungen vorliegen und allein das Prinzip Hoffnung auf möglichst hohe Steuermehreinnahmen vorhanden ist, während die volkswirtschaftlichen Auswirkungen, die Auswirkungen auf Betriebe, Arbeitsplätze und Ausweichtatbestände völlig unbedacht sind. Deshalb muss bei dieser Anhörung dahingehend gefragt werden, welche Auswirkungen konkret im Gesamtsteueraufkommen und in der volkswirtschaftlichen Entwicklung erwartet werden. Ich bitte deshalb den Bundesverband der deutschen Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller, die nicht nur Tabaksteuer, sondern Mehrwertsteuer und Lohnsteuer usw. abführen, und den Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels, der letzten Endes aus der mittelständischen Betriebsicht die volkswirtschaftlich katastrophale Entwicklung mit einer solchen Tabaksteuererhöhung sieht, ihre Sicht darzustellen. Ich glaube, Reformen sind notwendig, aber man sollte sie richtig machen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Die Frage geht an Herrn Fischel und an Herrn Spengler. Herr Fischel bitte zuerst.

**Sv Fischel (Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels):** Ich spreche gleichzeitig für den BDH - wenn Sie so wollen - für alle Handelsbereiche, die davon betroffen sind, vom Kiosk bis zum Lebensmittelbereich. Wir unterstützen das Alternativmodell des VdC. Wir rechnen, dass mit der geplanten Tabaksteuererhöhung ein Kahlschlag im Fachhandel und ein Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen verbunden ist. Hier geht es nicht um gesundheitspolitische

Argumente, sondern um betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche. Davon sollten sich auch Nichtraucher überzeugen lassen. Wir rechnen mit weiteren Margenverlusten, mit Absatzrückgängen bei Zigaretten von 30 %, mit exorbitanten Mieterhöhungen, mit einer nicht mehr finanzierbaren Erhöhung des Kapitalbedarfs und einer Ausdünnung der Substitutionsprodukte. Womit muss der Handel im Einzelnen rechnen? Es ist das Stichwort Preisüberwälzung angesprochen worden. Das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis des Tabakwarenfacheinzelhandels liegt schon heute bei einer roten Null. Wir rechnen durch diese Maßnahme mit erheblichen Ertragsverlusten und da die Rationalisierungspotentiale ausgeschöpft sind, auch mit Insolvenzen im Facheinzelhandel. Deswegen die Forderung und der Appell an die Abgeordneten, dass in einer wie auch immer gearteten Modellrechnung eine entsprechende Margenverbesserung mit einbezogen wird. Es kann nicht einfach davon gesprochen werden, dass es schon irgendwo aufgefangen wird. Das kann nicht sein. Sie kennen auch die betriebswirtschaftliche Situation, die Handel und Industrie gleichermaßen trifft. Dazu natürlich das Stichwort Absatzrückgänge. Da sind sich alle Seiten einig: Mit der Umsetzung der geplanten Vorlage müssten wir mit einem Umsatzrückgang von über 30 % rechnen. Für den Facheinzelhandel kommt noch der Effekt der Kundenbesuchen hinzu, was die ganzen anderen Sortimentsbereich mitbetrifft. Also auch der gesundheitspolitisch nicht so brisante Teil, z.B. Pressegrößen u.a. mehr. Sie müssen bei Ihren Überlegungen mit einbeziehen, dass viele Mietverträge des Handels an den Umsatz gekoppelt sind. Das mag uns jetzt gefallen oder nicht gefallen, das ist eine Tatsache. Mit den Tabaksteuererhöhungen werden trotz der erwarteten Absatzrückgänge bei der Zigarette insgesamt dennoch Umsatzsteigerungen verbunden sein, die zwangsläufig zu entsprechenden Mieterhöhungen für den Unternehmer führen. Ein weiteres betriebswirtschaftliches Argument: Dem Facheinzelhandel droht eine Liquiditätsfalle. Aufgrund des exorbitant hohen Steueranteils bei der Zigarette tritt der Fachhandel schon heute mit 50 % seines Kapitals permanent bei der Finanzierung der Tabaksteuer in Vorlage. Konkret werden insbesondere die Zigarettenrechnungen umgehend nach Bestellung per Bankeinzug vom Lieferanten beim Händler abgebucht. Der Händler muss somit die Verbrauchsteuer solange zwischenfinanzieren, bis er das Produkt an den Kunden weiter verkauft hat. Kommt der Gesetzentwurf in der vorgelegten Form zustande, würde sich der Finanzierungsbedarf bis 2006 um rund 30 % steigern. Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten - Stichworte Rating und Basel II -, was das für den Unternehmer bedeutet. Des Weiteren sehen wir entsprechende Effekte beim Feinschnitt, weil wir nicht nur über die Zigarette reden. Auch hier geht es um eine marktverträgliche, sensible Steuererhöhung und nicht um diese exorbitanten Zahlen. Ein ganz anderes Thema, das im Interesse aller Meinungsvertreter hier in diesem Raume sein dürfte: Der Gesetzesentwurf fördert massiv den Schmuggel. Ich glaube nicht, dass dies im Interesse der hier vertretenen Parteien liegen kann. Wenn schon heute eine Packung

Marlboro in Deutschland 3,20 Euro kostet und in Polen lediglich 1,50 Euro, brauchen wir uns nicht auszumalen, wie viele Klein-Lkw übermorgen auf deutschen Autobahnen fahren, um den Standort- und den Kostenvorteil auszunutzen. Die weitere politische Entwicklung dürfte dem nur Vorschub leisten. Schmuggler bzw. kriminelle Vertriebsstrukturen richten sich nicht nach dem Jugendschutzgesetz, ich habe zumindest noch nie davon gehört. Deswegen bitten wir zu berücksichtigen, dass der Tabakwarenfacheinzelhandel eine wichtige Funktion wahrnimmt, nicht nur als legale Vertriebsstruktur von legal produzierten Produkten - sprich Zigaretten -, sondern auch die kontrollierte Abgabe von Tabakprodukten an erwachsene Genussraucher ermöglicht. Ich denke, das ist auch für Herrn Lauterbach nicht ganz unwichtig. Das ist auch ein gesundheitspolitischer Aspekt. Wenn also diese Verkaufsstellen wegfallen, die durch Beratung auch entsprechende Umsetzung des Jugendschutzgesetzes gewährleisten, dürfte das nicht in unserem Interesse sein.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Spengler, bitte.

**Sv Spengler (Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller):** Wir sind eine der letzten mittelständischen Großhandelsbranchen, die es im Nahrungs- und Genussmittelbereich in Deutschland noch gibt. Alle anderen sind verschwunden. Wir sehen in diesem Gesetzesantrag eine Gefährdung für diesen Mittelstand. Denn wir - die Mittelständler - werden damit verdrängt und neue kriminelle Strukturen werden wir bei dem Preisunterschied, der dann das Dreifache, von dem was in Polen verlangt wird, beträgt, in Deutschland erleben. Wir haben im Tabakwarenhandel aufgrund der Terroristensteuer, die auf uns seit 2002 einwirkt, massiv Marge verloren. Wir haben gewaltigen Liquiditätsbedarf, genau wie der Kollege Fischel es schildert, und wir sehen uns heute wirklich im Mittelstand existenziell bedroht.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es keine Terroristensteuer, sondern eine Steuer zur Terrorbekämpfung ist.

**Sv Spengler (Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller):** Wir machen uns diese schwierige Aufgabe zu eigen und nennen das immer einfach Terroristensteuer.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Dürfen Sie in Bayern, in Franken vor allen Dingen. Herr Ulrich, bitte.

**Hubert Ulrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte anknüpfen an das, was ich gerade von Seiten der Tabakverkäufer gehört habe. Ich bin über den Zynismus schockiert. Wir haben Zahlen gehört, wieviele wir Tote pro Jahr durch das Rauchen

in diesem Lande erdulden müssen und was das an volkswirtschaftlichen Kosten hervorruft. Da ist ihre Argumentation, sage ich ganz offen, für mich schon deplaziert. Meine Frage richtet sich zunächst an Dr. Gaßmann von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen. Mir geht es vor allem darum zu erfahren, wie sich die relativ moderaten Zigarettenpreise insbesondere auf die Gruppe von Jugendlichen auswirken, die im Alter 11, 12, 13 Jahre sind. Man sieht heute oft an Schulen, dass dort geraucht wird. Trägt die Erhöhung Ihrer Meinung dazu bei, dass zumindest in diesem Alterssegment später geraucht wird oder wird es darauf keinen Einfluss haben? Zum zweiten: Kann man davon ausgehen, dass das Rauchen gerade in diesem Alterssegment eine gewisse Vorstufe darstellt, um später in weiche Drogen einzusteigen?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dr. Gaßmann.

**Sv Dr. Gaßmann (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.):** Ich möchte zunächst einige Dinge korrigieren, die hier gesagt wurden. Es geht vor allem darum, das Ganze auf eine sachliche Basis zu stellen und um die Effekte der vergangenen Steuererhöhungen. Da haben wir ganz eindeutige Zahlen auch vom Verband der Cigarettenindustrie. Das sind nicht einmal unsere eigenen Zahlen. Wir haben im ersten Halbjahr 2003 Steuermehreinnahmen von 517,6 Mio. Euro und einen Stückverkauf, der um 3,2 % zurückgegangen ist. Also: geringerer Stückverkauf, höhere Steuereinnahmen. Der Stückverkauf hat inzwischen schon wieder steigende Tendenz und geht eindeutig 'rauf. Die Steuermehreinnahmen entsprechend. Zu den Auswirkungen auf Jugendliche: Wir haben es in unserer Stellungnahme in zwei Grafiken dargelegt. Wir haben im europäischen Vergleich in Deutschland relativ geringe Zigarettenpreise. Wir liegen konkret bei Markenzigaretten im Mittelfeld mit ca. 3,20 Euro pro Schachtel. Wir müssen aber dazu sehen, dass in den meisten der Nationen, die preiswerter sind - Portugal, Spanien, Griechenland etc. - der durchschnittliche Stundenlohn, und weil wir über Jugendliche auch das Taschengeld, deutlich geringer ist. Die Zigarettenpreise sind daher relativ in Deutschland viel preiswerter. Das hat ganz konkrete Auswirkungen: Wir haben nach einer aktuellen Studie 2002 zum Gesundheitsverhalten von schulpflichtigen Kindern in Europa, USA und Übersee unter den 15jährigen in Deutschland 27,5 %, die rauchen. 27,5 % ist ca. 1/3. Wir wissen, wer so früh anfängt zu rauchen, der hört besonders schwer auf und der hat besonders gravierende Gesundheitsschäden. Bei dem ist die Wahrscheinlichkeit besonders hoch, dass er am Rauchen stirbt. In Deutschland sind das nach sehr konservativen Schätzungen insgesamt 140 000 Personen, die durch ihr Rauchen bedingt vorzeitig versterben. Herr Lauterbach hat es angeführt, ca. 30 000 weniger wären zu erwarten, wenn wir diese Situation ändern könnten. Natürlich hat eine Preiserhöhung ganz besonders auf Kinder und Jugendliche einen großen Einfluss. Ihre Möglichkeit darauf zu reagieren ist geringer als bei

Erwachsenen, die über ein größeres Ausgabevolumen verfügen. Es ist also ganz eindeutig eine extreme Maßnahme des Jugendschutzes, wobei der Preis im europäischen Vergleich auch bei über 4 Euro durchaus moderat wäre. Ich sage Ihnen den Vergleich: Die 27,5% der 15jährigen ist der absolute Spitzenplatz. Das ist nicht irgendwo im Mittelfeld. Das ist der Spitzenplatz der Kinder und Jugendlichen, die Rauchen, und damit eine Situation, die wir nicht hinnehmen können. Wenn wir gerade gehört haben, es gehe nicht um Gesundheitsschutz, sondern um Betriebswirtschaft, dann lassen Sie uns doch wenigstens, wenn schon nicht über Gesundheitsschutz, über Volkswirtschaft reden. Das Geld, das weniger für Zigaretten ausgegeben wird, wird für anderes ausgegeben. Gerade die Jugendlichen geben es für Handys, für andere Freizeitvergnügungen und, und, und aus. Es ist kein Geld, das auf dem Sparkonto landet und der Volkswirtschaft nicht zur Verfügung steht. Unser ganz eindeutiges Votum lautet, lassen Sie uns das machen. 4 Euro ist eher eine Untergrenze. Lassen Sie uns das möglichst schnell machen. Wir sind ganz eindeutig in einer Win-Win-Situation. Die einzigen, die möglicherweise dadurch Einschränkungen hinnehmen müssen, ist tatsächlich der Tabakwareneinzelhandel und die Tabakwarenproduzenten. Aber wie gesagt, es entstehen ökonomische Vorteile für andere Bereiche.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Pinkwart, bitte.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Ich würde mich gerne mit der Frage auseinandersetzen, wie die Auswirkungen einer solchen Steuererhöhung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auf das Hauptthema sind, das alle Parteien in Deutschland verfolgen. Wie schaffen wir mehr Beschäftigung in diesem Land? Wie wirkt sich eine solche Maßnahme auf das Verbraucherverhalten, auf die Nachfrageentwicklung der Haushalte aus? Wie wirkt es sich auf diejenigen aus, die Arbeitsplätze in diesem Land bereitstellen können, auf das Investitionsverhalten? Für mich ist ganz besonders wichtig - hier möchte ich der schriftlichen Vorlage des Kollegen Adams deutlich widersprechen, was die Verteilungswirkung anbetrifft -, dass die Regressivität angeblich nicht gegeben sei, da niedrige Einkommen überwiegend bei Jugendlichen und Kindern vorlägen. Das ist für mich eine völlig neue Erkenntnis. Jedenfalls habe ich von den Fraktionen, insbesondere der SPD, im Bundestag bislang auch gehört, dass es ältere Menschen in diesem Lande gäbe, die über niedrige Einkommen verfügen, und zwar in einer sehr deutlich größeren Zahl als wir das insgesamt wünschen können. Hier ist besonders wesentlich, dass bei dieser Steuererhöhung nicht nur der Umfang völlig unverhältnismäßig und konjunkturschädlich ist und sich auch als schädlich für die Einkommensverteilung darstellt, sondern auch noch bei den verschiedenen Tabakwaren differenziert wird. Gerade diejenigen Produkte, wie etwa der Feinschnitt, die gerade von den Einkommensschwachen in diesem Lande gewählt werden, werden von der

Regierungsvorlage ausweislich des Berichts heute morgen im Finanzausschuss nicht um 44 % wie die Zigaretten ansteigen, sondern sogar um 94 % angehoben werden. Eine massive Erhöhung gerade für jene Produkte, die ausweislich der Studien von den Ärmsten - sage ich 'mal - im Lande nachgefragt werden. Deswegen möchte ich den Vertreter des Bundes der Steuerzahler, Herrn Vanscheidt, und auch den Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten fragen, wie sie die Wirkung einer solch massiven Steuererhöhung spezifisch für gewisse Einkommensgruppen, auf Wachstum und Beschäftigung, auf das Verbraucherverhalten und auf die Arbeitsplätze in diesem Land einschätzen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Vanscheidt, bitte.

**Sv Vanscheidt (Bund der Steuerzahler):** Ich möchte bestätigen, was Herr Seiffert eingangs gesagt hat. Es ist ganz klar eine Steuererhöhung und wir sehen natürlich, dass diese Steuererhöhung massive Auswirkungen haben wird. Man muss natürlich sehen, dass insbesondere der Tabakhandel betroffen ist. Wir hatten massive Steuererhöhungen. Wir haben dazu zwar keine Untersuchungen durchgeführt, da müsste ich auf andere Experten verweisen. Allerdings haben wir das Ohr an der Basis und wir haben über unsere Mitglieder und über Zuschriften und Anrufe aus dem Handel laufend Beschwerden und Existenznöte in dem Bereich. Ich möchte grundsätzlich dazu sagen, dass wir uns strikt dagegen wenden, dass immer wieder versucht wird, am Steuerrad zu drehen - Stichwort Ökosteuer, das ist völlig daneben gegangen, auch was die Entfernungspauschale anbelangt. Wir finden, man sollte das anders lösen. Es werden noch gar nicht die Probleme bei der Krankenversicherung und den versicherungsfremden Leistungen angesprochen. Wenn Mittel benötigt werden, dann nicht steuerfinanziert, sondern durch Einsparungen in den Haushalten.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Möllenberg, jetzt bitte.

**Sv Möllenberg (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten):** Eine Verbesserung: Ich bin gerne bereit über Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zu diskutieren. Ich halte aber die Vermengung hier für fahrlässig. Denn dann sollte man auch über Subventionen einer Europäischen Kommission reden. Der Tabakanbau in Europa wird mit rund gerechnet 1 Mrd. Euro subventioniert und dann fragt man sich, wo die Glaubwürdigkeit letztendlich ist, wenn auf der einen Seite über Gesundheitspolitik gestritten wird und andererseits Subventionen gegeben werden. Aber das ist vielleicht ein anderes Thema. Auf die Frage zurückzukommen, die Herr Pinkwart gestellt hat: Was hier an Steuererhöhungen vorgesehen wird - und es handelt sich natürlich um eine Steuererhöhung, wobei die letzte noch gar nicht von der Branche verkraftet worden ist - hätte katastrophale Auswirkungen. Sie müssen

sich darüber im Klaren sein, dass Sie im Bereich der Rauchtabakindustrie über mittelständische Existenzen und über Existenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entscheiden. Stichwort Feinschnitt, die Zahlen, die Herr Pinkwart gerade genannt hat, sind vollkommen richtig. In der Zigarettenindustrie entscheiden Sie konkret über die Schließung von mindestens zwei Werken. Sie bringen die Zigarettenindustrie dazu, dass sie überhaupt nicht mehr handeln kann. Ich sage Ihnen das in dieser Deutlichkeit. Meine Kolleginnen und Kollegen aus den Schwestergewerkschaften in Polen, in Ungarn, in der Tschechischen Republik, freuen sich im Prinzip über die Mehrmenge, die sie zukünftig produzieren können und die dann illegal spätestens ab 1. Mai nächsten Jahres erleichtert über die Grenzen kommt. Wir werden eine Situation erleben, in der die Zahlen, die Berger vorgelegt hat, angesichts des Regierungsmodells oder des VdC-Modells wahrscheinlich untertrieben sind. Meine Befürchtungen gehen sehr viel weiter. Wir kommen in eine Situation, in der wir im fünfstelligem Bereich mit Arbeitsplatzverlusten und Verlust von Existenzen rechnen müssen. Ich will versuchen, Ihnen das deutlich zu machen: Das betrifft nicht nur die Beschäftigten im Rauchtabakbereich, also Feinschnitt, oder im Bereich der Zigarren-/Zigarillohersteller oder in der Zigarettenindustrie, sondern setzt sich über Handel bis zu den Maschinenherstellern fort. Auch die Fa. Körber in Hamburg, weltweit führendes Unternehmen was die Maschinen für die Zigarettenindustrie angeht, hat schon Entlassungen angekündigt. Wir kommen in eine Situation, dass Sie Menschen, die heute schon fast zu 80 % im Zigarettenbereich für die Steuereintreibung verantwortlich sind, - die Beschäftigten der Zigarettenindustrie holen heute überwiegend Steuern für Vater Staat 'rein - etwas aufbürden, obwohl die letzte Erhöhung nicht verkraftet ist. Bei aller Vorsicht zu den VdC-Plänen, aber die VdC-Pläne sind für mich in dem Zusammenhang das kleine Übel im Vergleich zu dem, das die Bundesregierung geplant hat. Deshalb meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns dieses Problem gemeinsam lösen, im Hinblick auf Arbeitsplätze und auf mittelständische Existenzen, nicht nur im Feinschnittbereich und in der Zigarrenindustrie, sondern auch im Handelsbereich. Auf der einen Seite propagiert die Bundesregierung - das unterstützen wir auch als Gewerkschaften -, dass man mehr Mut zur Selbständigkeit hat und es werden Worte wie Ich-AG geprägt und genau den Leuten, die in der Selbständigkeit sind wie Kioskbetreibern und kleinere Ladenbesitzer, entziehen Sie die Grundlage. Ich frage mich, ob das der richtige Weg ist. Das wollte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit noch einmal zu denken geben.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Stephan Hilsberg, bitte.

**Stephan Hilsberg (SPD):** Ich habe eine Frage, die richtet sich an Herrn Meyer von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft und Herrn Matthias vom Zollkriminalamt. Zigarettschmuggel ist ein schon lange bekanntes Phänomen. Sie

haben damit zu tun. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie Sie den Aufwand einschätzen, der bei Inkrafttreten des zur Beratung vorliegenden Gesetzes ist nötig, um den Zigarettschmuggel einzudämmen. Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang etwas zu Aufwand und Nutzen sagen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Meyer, bitte.

**Sv Meyer (BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft):** Man muss als Zollbeamter und als Beschäftigter, der sich darüber Gedanken macht, wie sich dieses Gesetzesvorhaben auswirkt, sagen, dass es uns im administrativen Bereich gar nicht weh tut, weil Steuerzeichen ausgegeben werden und es für uns egal ist, was das Steuerzeichen kostet. Der Aufwand ist der gleiche. Entscheidend ist in der Tat die Frage, wie sich der Zigarettschmuggel entwickelt und wie man ihm begegnen kann. Das insbesondere vor dem Hintergrund, dass zum 1. Mai des kommenden Jahres der Warenverkehr zwischen Polen und Tschechien, also den unmittelbaren Anrainerstaaten Deutschlands, die doch ein sehr niedriges Preisniveau haben, dem Grunde nach frei ist und der Gesetzentwurf gleichwohl vorsieht, dass wir sie aus Verbrauchersicht weiterhin wie ein Drittland behandeln. Es gibt dort keine Grenzkontrollen mehr, keine zöllnerischen, ununterbrochenen jedenfalls, sondern nur noch zeitlich und örtlich begrenzte Stichprobenkontrollen. Aus meiner Sicht wäre erforderlich, dass man zum einen diese stichprobenweisen Kontrollen sehr stark verschärft. Das können wir wahrscheinlich ganz überwiegend aus dem, was wir in der Zollverwaltung derzeit beabsichtigen, schaffen. Wir werden rund 600 Kolleginnen und Kollegen in mobilen Kontrollgruppen behalten. Die können aber die Grenze nicht sicher und auch nicht dicht machen. Da darf man sich nichts vormachen. Daraus folgt die Konsequenz, dass wir drei Arten von Schmuggel haben werden: Den aus Fahndungssicht nicht so besonders relevanten Kleinschmuggel, wo dann die Mama mit dem Papa nach Polen fährt und zwei, drei Stangen Zigaretten mitbringt. Dann den sehr viel bedeutenderen gewerblichen Schmuggel, drittens die organisierte Kriminalität. Dieser zu begegnen wird uns vor große Herausforderungen stellen, denen wir personell im Moment jedenfalls - ich glaube, da sind Herr Matthias und ich, was selten vorkommt, einer Meinung - nicht werden begegnen können. Wir werden sozusagen unsere Verfolgungsmentalität umstellen und uns sehr stark auf diesen Bereich der organisierten Kriminalität konzentrieren müssen. Der ist natürlich sehr verfolgungsaufwendig, zumal die Strukturen verhältnismäßig kompliziert sind und sich dass organisierte Gewerbe keineswegs ausschließlich auf dem Zigarettensektor tummelt. Da haben Sie auf einmal mit Prostitution und vielen anderen wenig schönen Dingen zu tun. Ich gehe davon aus, wenn wir bestimmte gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um die Verfolgung zu verschärfen und die Prävention zu erhöhen, kommen wir mit 1 000 bis 2 000 Kolleginnen und Kollegen für einen Zeitraum, bis Polen und

Tschechien in etwa unser Niveau haben, wahrscheinlich aus. Der Personalbedarf wird sich sukzessive verringern. Aber das ist eine Aufgabe, der man sich konzentriert widmen muß. Wenn man das tun will, dann werden andere Aufgaben, die beispielsweise der Fahndungsdienst wahrnimmt, und die wir eigentlich an den Grenzen auch noch wahrzunehmen haben, nicht mehr erfüllt werden können.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Matthias, bitte.

**Sv Matthias (Zollkriminalamt):** Ich bin Präsident des Zollkriminalamtes, das die Zentralstelle für die Zollfahndung in Deutschland ist. Dazu gehören acht Zollfahndungsämter. Ich kann aus der Erfahrung der Arbeit dieser acht Zollfahndungsämter berichten. Der Zigarettenschmuggel ist ein Thema, was in den letzten 10, 12 Jahren in Deutschland virulent geworden ist. Dann allerdings in einer Form, die uns dazu gezwungen hat, unsere Schwerpunkte in der Arbeit zu verlagern. Wir machen heute drei Schwerpunktaufgaben: Zigarettenschmuggel-, Rauschgiftschmuggelbekämpfung und Außenwirtschaftsüberwachung. Wir haben durch die Entwicklung, die es Anfang der 90er Jahre gegeben hat, erste kriminelle Strukturen bekommen, als die sowjetischen Truppen noch ihre Bezugsrechte hatten und sie genutzt haben und auf dem Schwarzmarkt verkauften und zusammen mit arbeitslosen Vietnamesen Hand in Hand gearbeitet haben. Ihnen ist allen bekannt, was damals passiert ist. Machtkämpfe bis zu Tötungsdelikten in umfangreicher Art im Großraum Berlin. In den vergangenen Jahren hat sich das sichergestellte Volumen der Zigaretten auf einem Niveau um eine Milliarde herum eingependelt. Im letzten Jahr war es etwas niedriger. Eine Tendenz, die übrigens in Westeuropa mit Ausnahme von Großbritannien überall zu beobachten war. Gründe kann ich Ihnen dafür nicht nennen. Auf jeden Fall rechne ich damit, dass insbesondere durch den Wegfall der Grenzen nach Polen und nach Tschechien der Schmuggel wieder intensiviert wird. Herr Meyer hat es gesagt, es werden drei Sachen sein. Es wird insbesondere der Ameisenschmuggel sein. Da haben wir unsere Bekämpfung als Zollfahndung schon reduziert. Das wird durch die Hauptzollämter gemacht, damit wir das Personal, das wir haben - das ist auf der Sollschiene etwas über 400 für den Zigarettenschmuggel im ganzen Bundesgebiet, die Ist-Zahlen sind etwas niedriger - auf größere Fälle konzentrieren können. Insbesondere auf Fälle, wo der Schmuggel mit Lkw unter anderen Ladungen bis hin zu ganzen Containern - der illegale Weg folgt immer dem legalen Weg - bekämpft werden kann. Ich fürchte, wenn die Kontrolle an den Grenzen wegfällt, dann ist dem natürlich mehr Tür und Tor geöffnet als bisher. Ob die 15 MKGs, mobile Kontrollgruppen des Zolls, das auffangen können, halte ich für zweifelhaft. Wenn ich einen bestimmten Grenzübergang zu passieren habe, an dem Kontrollen stattfinden, ist das etwas anderes als wenn ich per Zufall auf der Autobahn von einer mobilen Kontrolltruppe angehalten werde. Ich fürchte, dass der Großschmuggel ansteigen und damit weiterer Aufbau von

organisierter Kriminalität einhergehen wird. Es ist jetzt schon festzustellen, wenn man unsere Zahlen bei organisierter Kriminalität anguckt, dass der Rauschgiftschmuggel gegenüber dem Zigaretenschmuggel fast auf den zweiten Platz gerückt ist. Wir haben gut 100 Fälle der organisierten Kriminalität im Jahr und davon ist inzwischen gut die Hälfte Zigaretenschmuggelbekämpfung.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Dankeschön, Herr Kollege Flosbach.

**Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, im vorliegenden Tabaksteuererhöhungsgesetz fällt besonders auf, dass die Erhöhung für Feinschnitttabak bis zu 100 % beträgt. Meine Frage geht an den Verband der deutschen Rauchtobakindustrie und an die MSI Market Services GmbH. Sind Ihnen Daten über die Konsumenten von Zigaretten und Feinschnitt in Abhängigkeit vom Einkommen oder dem sozialen Status bekannt? Wenn ja, wie lauten sie? Ist die überproportionale Erhöhung Ihres Erachtens gerechtfertigt und welche Ausweichmöglichkeiten der Konsumenten im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen überproportionalen Tabaksteuererhöhung, insbesondere für die Feinschnitttabake gibt es?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Als erstes der Verband bitte. Wer von Ihnen?

**Sv Reinicke (Verband der deutschen Rauchtobakindustrie):** Nach den uns vorliegenden Daten ergibt sich ein Konsumentenprofil, nach dem Feinschnittkonsumenten am unteren Ende der sozialen Einkommensschichten liegen. Wir gehen davon aus, dass mehr als 50 % der Feinschnittkonsumenten ein monatliches Einkommen von unter 1 000 Euro haben. Wir reden über Verwender, die größtenteils sehr niedrige Einkommen haben, Sozialhilfeempfänger, Geringverdienende, Rentner u.ä. Im Hinblick auf ein Argument, dass der Feinschnitt sehr oft von Jugendlichen aufgrund seiner Preiswürdigkeit bevorzugt wird, gehen wir aufgrund der Einkommensstärke allgemein von Daten aus, dass fast  $\frac{3}{4}$  aller Feinschnittkonsumenten über 30 Jahre alt sind. Die Variante, dass man heute Feinschnitt verwendet, weil es einfach schick ist und um ein gewisses Anti-Establishment zu dokumentieren, gab es einmal vor 20 Jahren, entspricht aber heute in keiner Weise mehr der Faktenlage. Was die Alternativmöglichkeiten anbetrifft. Es ist im Laufe dieser Anhörung mehrfach über die Möglichkeiten des Schmuggels und des legalen Einkaufs, insbesondere im westlichen Ausland, gesprochen worden. Ich denke, man muss bei diesen Diskussionen einen sehr deutlichen Unterschied zwischen einer Veränderung des Konsumverhaltens im Vergleich zu einer faktischen Veränderung des Einkaufsverhaltens machen. Ich selbst komme aus Nordrhein-Westfalen und wohne nur ca. 30 km von der holländischen Grenze weg. Es gibt in Venlo Geschäfte, die seit Wochen und Monaten in die Tageszeitung bis in den

Dortmunder Raum hinein streuen und massiv auf die Preisvorteile von Produkten, insbesondere auch von Tabakwarenartikeln und ganz speziell des Feinschnitts hinweisen. In Zeiten, als es den Euro noch nicht gab, konnten Sie an Feiertagen in Nordrhein-Westfalen, die in Holland kein Feiertag waren, sehen wie sprichwörtliche Busladungen voll deutscher Konsumenten ihr Einkaufsverhalten ändern. Ich sagte bewusst zu einer Zeit, als es den Euro noch nicht gab. Wenn Sie an so einem Tag in Venlo mit dem Gulden bezahlt hätten, dann wären Sie als Störenfried des Geschäftsablaufs titulierte worden. Das macht sehr deutlich, welche Ausweichmöglichkeiten es gibt. Über Internethandel und sonstige Möglichkeiten, die heute mit moderner Telekommunikation verbunden sind, braucht man im Einzelnen gar nicht einzugehen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Dankeschön, Herr Krug, bitte.

**Sv Krug (MSI Market Services GmbH):** Wir machen keine qualitativen, sondern reine quantitative Untersuchung und haben nur ganz wenig Kenntnis über die Personen, die Feinschnitt kaufen oder die billige Zigaretten rauchen usw. Wir erheben Fakten darüber, was überhaupt an den Grenzen gekauft wird. Wir beschäftigen uns seit über 10 Jahren mit Luxemburg. Wir haben angefangen mit Belgien und Holland. Das wurde alles dann weggeschoben, Frankreich war auch interessant. Es sind Restländer verblieben wie Luxemburg, Tschechien und mittlerweile Polen. Es wurde hier über die Frage diskutiert, wie sich Zigarettensteuererhöhungen auswirken. Es weiß keiner etwas. Es gibt aber ein prägnantes Beispiel, das ich auch in meine Stellungnahme hineingebracht habe. Das ist eine offizielle Statistik aus England, wo 1995 bis 2001 die Tabaksteuer um 40 % erhöht wurde mit der Folge, dass der Konsum innerhalb dieses Zeitraums um 10 % zurückging. Der Schmuggel, der in 1995 6 % plus Importzigaretten, die legal rein gekommen sind, betrug, ist auf 92 % in 2001 angestiegen. Der Feinschnitt selbst hat sich vom Volumen her wie folgt entwickelt: 1995 waren 50 % des britischen Feinschnitts geschmuggelt, in 1999 waren es mittlerweile 80 %. Wer das nachvollziehen will, braucht nur an die belgische Kanalküste zu gehen. Dort gibt es eine Reihe von spezialisierten Geschäften, die nur Briten beliefern, die morgens mit der Fähre hinüberkommen. Es sind - ich will nicht sagen das es Ich-AGs sind - Arbeitslose aus Mittelengland, die mit dem Rucksack kommen, sich eindecken und wieder zurückfahren. Und das Tag für Tag. Aber wir kommen zu Deutschland: Wir haben also zu Luxemburg hin eine relativ geringe Preisdifferenz. Nach meiner Berechnung ist die Ersparnis pro Zigarette rund 55 Cent pro 20er Packung. Wir haben in den letzten zwei Jahren einen gewaltigen Anstieg, einen Einkaufstourismus nach Luxemburg. Der Einkäufer fährt nicht nur nach Luxemburg wegen der Zigaretten. Es gibt für jedes Land separate Einkaufskörbe, damit es sich lohnt. Es kommen in erster Linie vor dem Kaffee der Sprit und Spirituosen. Wir hatten

Untersuchungen zu dem französisch-belgischen Einzugsbereich gemacht, wo man bei verschiedenen Messungen feststellen konnte, wie sich bei Preissteigerungen in Belgien und in Frankreich, das Einzugsgebiet gewaltig vergrößerte. Von einer Grenze von 40 km auf 60, 70, 80 km, je nach Preisdifferenzen, je nach Korb, der interessant war, einzukaufen. Die Preisdifferenz zu Tschechien liegt nach meinen groben Berechnungen 1,45 Euro, zu Polen bei 1,90 Euro. Wir können keine exakten Preise angeben, da es Marktpreise gibt. Die tschechischen Preise haben einen fest aufgedruckten Wiederverkaufswert. Was Sie auf den Märkten aber überwiegend kaufen können, sind geschmuggelte Waren, die aus der Ukraine, aus Weißrussland, aus Kroatien und allen möglichen anderen Ländern kommen. Sie kaufen die Ware als banderoliert, Sie machen sie auf und haben die russische Banderole. Dort ist der Preis verhandlungsfähig. Der Händler wird natürlich versuchen, möglichst viel zu verdienen und geht mit dem Preis runter. Das ist im Moment ein Faktum. Wenn wir die Preise in Deutschland erhöhen, wird die Differenz zu Polen, zu Tschechien, evtl. auch zu Luxemburg höher, was dazu führen wird, dass der Einkaufstourismus zu diesen Gebieten gewaltig ansteigen wird. Wir hatten ein sehr flaves Jahr speziell im Bezug zur Grenze zu Polen und zu Tschechien. Wir haben Unterlagen vom Zoll, dass sich beispielsweise in Osinów Dolny - das ist ungefähr 65 km über die Bundesstraße von Berlin, 1 Stunde Fahrt -, die Personenzahlen, die die Grenze überschritten haben, im ersten Halbjahr 2002 gegenüber 2001 um 60 % erhöht haben. Ich war kürzlich in Osinów Dolny in einem Hotel in der Nähe. Die Autos stehen nachts noch dort. Die Leute kommen aus Berlin, die Straßen sind frei ab acht, neun Uhr, und fahren hinüber, tanken, packen Zigaretten ein und seltsamerweise pfandfreie Getränke in Dosen und fahren wieder zurück. Das ist ein ganz neuer Trend geworden. Pfandfreie Dosen standen noch nie auf unserer Liste. Einen ähnlichen Effekt werden wir in Tschechien haben. Was dazu kommt, und das halte ich für viel interessanter, ist, dass wenn wir die Zigarettenpreise in Deutschland erhöhen und schlaue Konsumenten haben, uns das Gleiche zumindest an der Grenze zur Schweiz und zu Österreich wieder passiert. Die Leute fahren jetzt schon zum Tanken hinüber. Die Preise sind in etwa auf deutschem Niveau. Wenn sich die Preisdifferenz auch nur auf 20 bis 30 Cent erhöht, wird jeder Zigaretten mitnehmen. Das heißt, wir kriegen neue Cross-Border-Sales-Gebiete, in denen die Zigaretten nach Deutschland verbracht werden. Ein weiterer Punkt, den man erwähnen sollte: Der Schwarzmarkt, der im Osten Deutschlands immer noch existiert mit Berlin als Schwerpunkt, hat weiterhin seine Strukturen. Er ist in der Auslieferung und im Vertrieb ‚raffinierter‘ geworden. Wir haben einen Schwarzmarkt in Westdeutschland, den wir nicht in den Griff kriegen und wir auch nicht die Struktur kennen. Der ist noch ziemlich dilettantisch aufgebaut, während er in Ostdeutschland sehr gut strukturiert ist. Ich befürchte, bei steigenden Preisen wird sich in Westdeutschland von der gleichen Gruppe, die hier in Ostdeutschland arbeitet, diese Struktur ausweiten. Einen dritter Punkt ist der Internethandel, der bisher vorwiegend von Portugal,

Griechenland und Spanien bedient wird. Ich frage mich, wie man den Internethandel, wenn die neuen EU-Staaten mit Estland, Polen und Tschechien hinzukommen, unterbinden will. Welche Möglichkeit man überhaupt haben will. Wir wissen nicht, wie groß das Volumen im Internethandel ist. Unsere Erfahrung mit dem Internethandel ist, dass Leute dabei bleiben, wenn die erste Lieferung klappt. Dann spricht es sich auch herum und so wird Werbung gemacht.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Als Nächster der Kollege Carsten Schneider.

**Carsten Schneider (SPD):** Ich möchte mich für den Haushaltsausschuss vor allen Dingen auf die Einnahmeseite konzentrieren und insbesondere die Besteuerung von Feinschnitt und normalen Zigaretten ins Auge fassen. Ich habe eine Frage an das Deutsche Krebsforschungszentrum. In Ihrer Stellungnahme fordern Sie, den Feinschnitt mit dem höchstmöglichen Steuersatz zu belegen. Ich möchte fragen, was der Grund dafür ist. An Herrn Bauer von Roland Berger Strategy Consultants etwas ähnliches: Wie wird sich die Elastizität im Markt zwischen Zigarette und Feinschnitt entwickeln? Könnte es sein, dass es eine Tendenz in Richtung Feinschnitt aufgrund der Preiserhöhung gibt?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Dr. Pötschke-Langer, bitte.

**Sve Dr. Pötschke-Langer (Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg):** Wir sind bei den Berechnungen von Empfehlungen der Weltbank und des Weltwährungsfonds ausgegangen. Wenn Sie die wissenschaftlichen Studien betrachten - und zwar die Wissenschaftsstudien von Wirtschaftswissenschaftlern – dann ist der ganz klare Ratschlag eindeutig, möglichst gleichermaßen alle Tabakprodukte sehr hoch zu besteuern. Und das hat bezüglich der Feinschnittberechnung zu den genannten 1 500 Zigaretten geführt, die aus einem Kilogramm Feinschnitt möglich sind herauszubekommen. Der Bezug ist ganz klar auf die wirtschaftswissenschaftlichen Studien, die wirklich sehr gut einsehbar sind.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Danke, Herr Bauer, bitte.

**Sv Bauer (Roland Berger Strategy Consultants):** Sie sprachen das Thema Elastizität und Wanderungsbewegungen von der Zigarette zum Feinschnitt an. Ich sagte in meinem einleitenden Statement, dass wir uns die Entwicklung der letzten 23 Jahre in Deutschland im Detail angesehen haben. Es gibt im Jahre 1982 ein vergleichbares Ereignis, als eine 33 %ige Steuererhöhung im Bereich der Zigaretten durchgeführt wurde und wir genau diese Wanderungsbewegungen beobachten konnten. Die Steuersätze auf Feinschnitt wurden damals entsprechend angehoben. Es hat allerdings den Effekt gegeben, dass der absolute Preisabstand zwischen

Zigarette und Feinschnitt in diesem Zeitraum eben zugenommen hat, und in diesem Zeitraum ist der Feinschnittabsatz um 56 % gestiegen. Erst in den Folgejahren, nachdem die Zigarettenpreise entsprechend angepasst wurden, hat sich die Situation auf einem normalen Level eingependelt. Wir gehen also davon aus, dass eines der Substitutionsprodukte für die versteuerte Zigarette der Feinschnitt sein wird.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Kollegin Wülfing, bitte.

**Elke Wülfing (CDU/CSU):** Es sei mir vorab nach den beiden Äußerungen sowohl von Herrn Dr. Gaßmann wie auch vom Deutschen Krebsforschungsinstitut eine Bemerkung erlaubt. Zum Thema „Je mehr Steuern - desto weniger Sucht“ wage ich zu behaupten, dass so einfach die Welt nicht ist. Ich glaube nicht, dass die Suchtproblematik bei Jugendlichen anders wird, wenn wir mehr Steuern nehmen. Sie gehen allenfalls von Zigaretten auf andere Drogen. Sie gehen allenfalls auf Alkohol oder auf Tabletten. Das Suchtproblem als solches hat andere Ursachen als die Steuerhöhe. Ich möchte im Zusammenhang mit dieser Bemerkung doch einmal beim Verband der Zigarettenindustrie und beim Bundesverband der deutschen Tabakwaren-Großhändler nachfragen. Ich denke, dass vor dem Hintergrund der Suchtproblematik eine Menge Menschen Raucher bleiben werden. Die Frage ist, in welcher Art und Weise wird dieses Rauchproblem gelöst und wo sich eingedeckt wird? Wie wirkt dies auf das Steueraufkommen? Was uns als Finanzausschuss interessiert ist, wie wirkt sich das auf das Steueraufkommen aus, wenn die Menschen, die Suchtprobleme haben, sich woanders als in Deutschland eindecken?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Gretler, bitte.

**Sv Gretler (Verband der Zigarettenindustrie):** Ich bin sehr froh, dass ich diese Frage gestellt bekomme, denn hier ist mehrfach das Thema Steuererhöhungen zur Lenkung angesprochen worden. Wenn man das seriös betrachtet und Länder zum Beispiel wie England ansieht, wo mittlerweile jede dritte Zigarette nicht versteuert wird, so ist die Konsumauswirkung auf das Rauchverhalten deutlich geringer. Wir haben die Grenzphänomene angesprochen. Wir sehen genauso wie Sie, Frau Wülfing, die Welt nicht ganz so einfach. Wir haben es beim Thema Tabaksteueraufkommen leider damit zu tun, dass sehr einfache Dreisätze angewendet werden: Steuerformel mal zu gering eingeschätztem Volumenrückgang gleich Tabaksteuermehreinnahmen. Wir hoffen hier nach wie vor auf eine Versachlichung.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Spengler.

**Sv Spengler (Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller):** Wir im Handel haben mit der Entscheidung zu leben, wenn sie denn so kommt, dass der Kleinverkaufspreis um 31 % steigen wird. Derartige Preissteigerungen sind im deutschen Markt für Tabakprodukte mit Ausnahme der von 1982/83, die in die Hose ging, unbekannt. Ich habe selbst miterleben dürfen, welche negativen Auswirkungen die gehabt hat. Wir wissen, dass der Konsument auf billigere Produkte ausweicht. Ich habe bereits gesagt, dass er auch auf billigere Produkte ausweichen wird, die von nicht legalen Absatzstellen stammen werden. Wir werden die Kriminalität, wenn die Steuererhöhung in dieser Art kommt, hochzüchten. Schon heute ist jede fünfte Zigarette im Ruhrgebiet und jede zehnte Zigarette im Bundesgebiet unversteuert. Sie kommt aus irgendwelchen Quellen und sie sorgt dafür, dass in anderen Ländern Steuern entstehen, die wir eigentlich brauchen. Das bestätigt das Beispiel England. Aber Sie mögen das auch an aktuellen Dingen sehen. Im Moment senken sowohl Schweden, Dänemark wie auch Finnland seine Tabaksteuer ab. In Schweden wird es klar ausgedrückt: Ich möchte als Finanzminister nicht an der Entstehung von kriminellen Strukturen Schuld sein. Dort wird abgesenkt und bei uns soll erhöht werden. Ich selber als Mittelständler muss sagen, ich würde gern meinen Job weitermachen. Wenn ihn Kriminelle übernehmen sollen, dann bitte sollen die das machen. Aber dann müssen auch die Leute, die dafür sind, zum Schluss die Dinge im politischen Bereich mittragen. Die müssen sich dann auch verantwortlich fühlen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Ulrich.

**Hubert Ulrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe eine Frage zum Feinschnitt an das Deutsche Krebsforschungszentrum. Es wird die ganze Zeit der Eindruck erweckt, dass der Feinschnitt etwas ganz Besonderes ist und unbedingt auf niedrigem Preisniveau gehalten werden muss. Ist es so, dass die Auswirkungen mit Blick auf Krebs beim Feinschnitt andere sind als bei Zigaretten, und entstehen durch Feinschnitt weniger volkswirtschaftliche Schäden, die mit einem enormen Steueraufkommen finanziert werden müssen, als durch Zigaretten?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Dr. Pötschke-Langer.

**Sve Dr. Pötschke-Langer (Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg):** Jede Zigarette schadet der Gesundheit. Und jede Zigarette schadet der Volkswirtschaft im Prinzip genauso - wir kennen ja die Berechnungen -, ob die Zigarette nun aus Markenzigaretten, Handelszigaretten oder Feinschnittzigaretten stammt. Das ist die klare Antwort.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Thiele, bitte.

**Carl-Ludwig Thiele (FDP):** Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Brückner vom Verband der Zigarettenindustrie und noch einmal an Herrn Möllenberg von der NGG. Vorab ein Wort: Wir unterhalten uns hier über einen Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in dem ich nirgendwo nur eine Zeile gesehen habe, dass mit diesem Gesetzesentwurf der Tabakkonsum reduziert werden soll. Anders als der Sachverständige Lauterbach das zum Beispiel vorgetragen hat. Dies ist nicht Bestandteil des Gesetzes. Wenn die Zielsetzung des Gesetzes nicht ist, den Tabakkonsum einzudämmen, dann wäre ich dankbar, wenn wir uns über diesen Gesetzesentwurf unterhalten oder - Sie haben ja Möglichkeiten Herr Professor - im Rahmen der Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass diese Punkte mit ins Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden, was aber bislang nicht der Fall ist. Insofern interessieren mich konkret die Stellungnahmen von VdC und NGG. Wir wissen, dass die Tabaksteuer eine relativ sensible Steuer ist. Deshalb wurde jedesmal überlegt, wenn fiskalische Gründe dafür sprachen, die Steuer zu erhöhen. Das hat es in der Vergangenheit immer schon gegeben, auch unter anderen Farben. Dann stellt sich trotzdem die Frage, wie man damit umgeht, wenn der Fiskus langfristig weiter die Steuereinnahmen haben will. Und halten Sie diesen Gesetzesentwurf für geeignet, diesen Zielen näherzutreten? Gibt es Alternativen oder ist das kontraproduktiv? Und wie wirkt sich das Ganze auf die Beschäftigten aus?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dr. Brückner, Sie sind angesprochen.

**Sv Dr. Brückner (Verband der Zigarettenindustrie):** Die Frage nach der gesundheitspolitischen Motivation dieses Gesetzentwurfs wirft einen sehr grundsätzlichen politischen Konflikt auf. Der politische Entscheidungsträger will Geld, will das nicht sagen und erklärt einen irgendwie gearteten Zweck, den alle für gut finden, zum Motiv seines Handelns. Ob das Ökosteuer oder Terrorbekämpfungsteuer oder jetzt das Mutterschaftsaufbringungsgeld aus diesem Tabaksteuergesetz ist. Der Verfassungsrechtler weiß, dass eine schwerwiegende gesundheitspolitische Begründung für eine solche Maßnahme verfassungsrechtlich unzulässig ist. Es hilft der politischen, vielleicht auch der Begründbarkeit in der Öffentlichkeit, aber ein tragfähiger Grund ist es nicht. Wir wissen, dass diese Steuererhöhung nicht das erwartete Aufkommen erbringen wird. Das wissen alle, die sich damit befasst haben. Wer seinen Kopf schüttelt, weiß entweder nichts oder sagt etwas anderes.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Nein, Sie streiten jetzt hier nicht.

**Sv Dr. Brückner (Verband der Zigarettenindustrie):** Ich arbeite seit 1971 im Bereich der Tabaksteuer und es hat in dieser Zeit nur ein einziges Mal den Fall

gegeben, dass die Tabaksteuer gegen die Wirtschaft gemacht worden ist. Das war 1982. Ich habe die Statistiken hier und kann Ihnen sagen, dass Sie nach einem Jahr ein Minderaufkommen - nicht bezogen auf das Erwartete, sondern bezogen auf das Aufkommen des Vorjahres - hatten. Wir als Branche wissen am besten, wie man mit der Steuerquelle ‚Tabak‘ umgeht. Wie man sie schont. Wie man sie ergiebig hält. Wie man die Wirkungen anderer Produkte von draußen zurückdrängt. Ich kann nur an Sie appellieren, nutzen Sie dieses Wissen, gehen Sie mit uns gemeinsam einen Weg. Wir können den Weg eines solchen Gesetzes in einer Weise erleichtern, dass das Aufkommen deutlich höher als in allen anderen Modellen liegt. Das hängt sowohl mit dem Zeitfaktor zusammen, als auch mit allen anderen Begleiterscheinungen. Wir haben ein Modell vorgeschlagen, das nach seriösen Berechnungen mindestens ebenso viel Aufkommen erbringt wie die anderen Modelle. Wir bitten Sie, nehmen Sie die ausgestreckte Hand, lassen Sie uns gemeinsam ein Modell machen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Möllenberg jetzt bitte.

**Sv Möllenberg (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten):** Wir haben in den letzten Monaten sehr viele Gespräche mit Fachleuten aus den Bereichen Finanzen, aber natürlich auch mit Gesundheitspolitikern geführt. Das Entscheidende ist, dass die Finanzfachleute bestätigen, dass die Zahlen, die mit dem Gesetzesentwurf verbunden sind, nicht stimmen. Die 4,2 Mrd. Euro, die dort hochgerechnet sind, können gar nicht stimmen. Ich greife einfach ein paar Jahre zurück: Wenn man die letzten 50 Jahre oder die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nimmt, haben wir bei der Tabaksteuer, wenn die Tabakschraube überdreht worden ist, immer vor der Situation gestanden, dass die Steuerschraube dann abgebrochen ist - oder es drohte, dass sie abbricht. Es ist vorhin das Beispiel Schweden angesprochen worden. Auch in Deutschland ist die Tabaksteuer einmal gesenkt worden - wenn ich das richtig in Erinnerung habe in den 50er Jahren -, um letztendlich dieses Steueraufkommen daraus zu erzielen. Zur Beschäftigungswirkung befürchte ich, dass allein in der Zigarettenindustrie - da sind gar nicht so viele Beschäftigte mehr tätig; die gesamte deutsche Zigarettenindustrie hat rund gerechnet 11 000 Beschäftigte - 3 000 ihren Arbeitsplatz verlieren werden. 3 000, das sind fast 30 %. Viel bedrohlicher ist die Situation noch im Bereich Feinschnitt und Zigarrenindustrie, weil dort überproportional angehoben werden soll. Dort sind es mittelständische Existenzen, die bedroht sind. Ich will auch auf einen Umstand hinweisen, der von der Finanzpolitik offensichtlich nicht wahrgenommen wird. Wir haben vor vier Jahren als Gewerkschaft NGG die Politik händeringend gebeten, den Mindeststeuersatz für Zigaretten anzuheben. Das betrifft die Zigaretten, die als so genannte Handelsmarken vertrieben werden. Wir haben damals die Entwicklung gesehen, die sich dann leider bestätigt hat, dass das Volumen von Handelsmarkenzigaretten, was den Marktanteil angeht, ständig nach oben gegangen ist. Die liegen mittlerweile bei 15 %.

Wir haben diese Situation damals beschrieben und gesagt: „Lieber Vater Staat, Ihr macht einen doppelten Fehler.“ Der doppelte Fehler liegt darin, dass Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland vernichtet werden, denn die Handelsmarkenzigaretten werden in Luxemburg und in Österreich hergestellt und außerdem auf Tabaksteuer verzichtet wird. Das ist damals ungehört verhallt. Ich sehe die Gefahr, weil das Ganze unausgegoren ist - Entschuldigung, wenn ich das so sage -, dass hier eine Situation entsteht, wie vorhin von vielen schon gesagt worden ist: wir schaffen illegale Situationen, das Steueraufkommen sinkt, von dem, was als Alternativvorschlag seitens der Branchen vorgelegt worden ist, bleibt nichts übrig, sondern der Staat hat nicht nur Arbeitsplätze vernichtet, sondern letztendlich auch weniger Steuereinnahmen. Das möchte ich hier hoffentlich gemeinsam mit Ihnen verhindern.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Schild, bitte.

**Horst Schild (SPD):** Wir verfolgen mit diesem Gesetzentwurf auf der einen Seite fiskalische wie auf der anderen Seite gesundheitspolitische Ziele. Einer der Sachverständigen hat sogar davon gesprochen, dass - wenn wir das so machen würden - es zu einer doppelten Dividende käme, nämlich Steuermehreinnahmen und Gesundheitsschutz. Nun ist es schwierig. Wir müssen irgendwo im Laufe des weiteren Verfahrens eine Entscheidung treffen. Wir haben gehört, dass vergleichbar hohe Steuererhöhungen einmal Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik vorgenommen worden sind. Deswegen würden mich noch einmal die Erfahrungen interessieren, die man bei vergleichbaren Steuererhöhungen im europäischen Ausland gemacht hat. Welche Auswirkungen haben diese insbesondere auf den ersten Aspekt ‚Steuermehreinnahmen‘. Dazu möchte ich sowohl das Zollkriminalamt als auch den VdC um Antwort bitten, weil beide in ihren Stellungnahmen darauf hingewiesen haben.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Matthias, bitte.

**Sv Matthias (Zollkriminalamt):** Als Vergleich für ein sehr hochsteuerbares Land haben wir Großbritannien. Großbritannien hat Packungsgrößen oder Verkaufsgrößen pro Packung von etwa 7 Euro und höher - also exorbitant hoch. Nachdem dies in den vergangenen sieben, acht Jahren geschehen ist, hat sich ein sehr lebhafter Schmuggel nach Großbritannien aus dem Osten heraus mit dem Transitland Deutschland, aber auch anderen Ländern entwickelt. Das wird daran deutlich, dass die Sicherstellungen, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben, fast 50 % für den britischen Markt bestimmt waren, was man an den Zigarettenmarken erkennen kann, die in Deutschland nicht geraucht werden. Die britische Zollverwaltung hat daraufhin Maßnahmen ergriffen und ihr Personal für diesen

Bereich ganz deutlich erhöht. Es ist ihr gelungen, geringfügig das Volumen des Schmuggels wieder herunterzuziehen. Geringfügig allerdings, wenn man es im Verhältnis zur Steigerung vorher sieht. In normalen Ländern geht man von der Größenordnung von 5 % aus. Was vorhin als Schwarzmarktanteil mit 10 oder gar 20 % in Nordrhein-Westfalen genannt wurde, erscheint mir ziemlich hochgegriffen. 5 %, das ist auch die Schätzung, die aus anderen Ländern vorliegt. In Großbritannien ist der Schwarzmarktanteil auf weit über 20 % hochgegangen und, wie gesagt, im letzten und im vorletzten Jahr etwas wieder heruntergegangen. Neuere Zahlen liegen mir nicht vor. Sie sind nicht bekannt gegeben worden. Jedenfalls kennen wir sie von Großbritannien nicht.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dr. Brückner, bitte.

**Sv Dr. Brückner (Verband der Cigarettenindustrie):** In der Roland-Berger-Studie sind zwei Märkte analysiert worden: Schweden und Großbritannien. Der schwedische Markt zeigt, dass ein steuerinduzierter Preisschock in Schweden zu rückläufigen Steuern führte und die Steuern im absoluten Aufkommen erst wieder hochgingen, als die Steuersätze reduziert wurden. Wir prognostizieren, wenn das BMF-Modell in Kraft tritt, werden Sie vor der dritten Stufe des Inkrafttretens sich hier wieder treffen und eine Anhörung machen, wie wir die Steuern senken können, um das Steueraufkommen anzuheben - in Parallelität zu dieser schwedischen Geschichte. England - ist schon mehrfach gesagt worden - hat im Augenblick einen Marktanteil von etwa 30 % nicht in England versteuerter Zigaretten. England ist eine Insel, und wir sind im Herzen Europas. Das heißt, wenn wir diese Zahlen fortschreiben, werden sie sehr viel dramatischer. Bei uns müssen Sie wissen, dass fast die Hälfte oder mehr der sichergestellten Zigaretten Markenpirateriewaren sind, d.h. es sind Produkte, die von kriminellen Banden irgendwo im Ausland - neuerdings auch im Inland - hergestellt worden sind, die in keinerlei Beziehung zu irgendwelchen klassischen Zigarettenherstellern stehen. Die werden dann hier vermarktet ohne jegliche Kontrollen, denen Zigaretten normalerweise im Hinblick auf Beschaffenheit usw. unterliegen. Die Win-Win-Situation, die hier beschrieben wurde, ist also sehr zweischneidig.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dautzenberg,

**Leo Dautzenberg (CDU/CSU):** Ich möchte meine Frage an den Verband der deutschen Rauchtobakindustrie und an den Bundesverband der deutschen Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller stellen. Es ist schon mehrmals in Bezug auf den Feinschnitt betont worden, dass wir bisher in der steuerlichen Belastung eine gewisse Proportionalität zur Zigarette hatten. Zur überproportionalen Erhöhung ist wahrscheinlich der Hintergrund des BMF, die Ausweichsituation auf den

Feinschnitt sofort innerhalb der Ausweichphase steuerlich mit zu erfassen, sonst könnte man bei der Proportionalität im Grunde bleiben. Der Feinschnitt macht in etwa 9 bis 10 % des Gesamtvolumens aus. Die Unternehmen sind überwiegend mittelständisch strukturiert. Es ist nicht nur der Feinschnitt betroffen, sondern in der Kumulation hängen andere mittelständische Unternehmen bis zum Papierblatt mit daran, die hier am Markt tätig sind. Was müsste geschehen - und es sind Zahlen mit einer Erhöhung von 126 % in Ihren Veröffentlichungen genannt worden -, um die Proportionalität im Grunde zu wahren?

**Sv Reinicke (Verband der deutschen Rauchtabakindustrie):** Wenn man über die letzten Jahre und Jahrzehnte zurückschaut, dann stellen wir fest, dass beide Teilmärkte, also die Fabrikzigaretten und der Feinschnitt, in einem sehr stabilen Verhältnis zueinander standen. Wie bereits in der Frage gesagt wurde, sind ca. 9 bis 10 % aller in Deutschland gerauchten Zigaretten aus Feinschnitt hergestellt. Diese Balance der Märkte hat hauptsächlich aus dem Grunde funktioniert, dass die Preisabstände zwischen diesen beiden Produktgruppen auch über viele Jahre und Jahrzehnte stabil gehalten worden sind. Von daher hat in der Vergangenheit der Feinschnitt sicherlich eine gewisse Auffangfunktion gehabt, insbesondere in Situationen wie der, die wir jetzt zu diskutieren haben, wo in einer ersten Trotzreaktion - um es einmal so zu nennen - die Konsumenten in ihrer Suche nach preiswerten Alternativen ausweichen. Nun ist der Feinschnitt ein Halbfertigprodukt. Irgendwann haben sehr, sehr viele Konsumenten - um das einmal sehr deutlich und krass zu sagen - das Gekrümel satt und sagen, billiger ist es zwar, aber es ist auch sehr viel umständlicher. Die gehen dann nach unseren Erfahrungen wieder zur Zigarette zurück - ich denke, die Kollegen aus der Zigarettenindustrie können das bestätigen. Das heißt also, wenn wir über Ausweicheffekte sprechen, dann sind das sicherlich vorhandene Effekte. Aber sie sind nur sehr temporärer Natur. Von daher plädieren wir aus der Feinschnittbranche sehr deutlich dafür, die über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen Marktverhältnisse mit einem ausgewogenen Verhältnis in einer neuen Tabaksteuergesetzgebung zu berücksichtigen und dort Tarife zu machen, die zwischen den beiden Segmenten wirklich wettbewerbsneutral sind. Eine Wettbewerbsneutralität ist dann nicht gegeben, wenn - wie im jetzigen Gesetzentwurf vorgesehen - der Feinschnitt eine Steigerungsrate bekommt, die in etwa dem Dreifachen dessen entspricht, was in dem größeren Segment vorgesehen ist.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Spengler, bitte.

**Sv Spengler (Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller):** Ich schließe mich im Grunde Herrn Reinicke an. Wir selbst können zu den Dingen hier nur feststellen, dass der Feinschnitt ebenfalls irgendwann zum großen Teil durch Ware ersetzt würde, die über kriminelle Strukturen oder durch

Selbstimporte nach Deutschland hereinkommt, wenn der Preis so hoch gehen würde, wie es geplant ist, und dass es nicht zu einer stärkeren Steuerschöpfung führt, sondern wahrscheinlich auch dadurch das Steueraufkommen verringert wird.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Dr. Ober.

**Dr. Erika Ober (SPD):** Ich möchte eine Frage an Herrn Prof. Lauterbach und an Frau Dr. Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum richten. Als Gesundheitspolitikerin möchte ich noch einmal betonen, dass wir mit diesem Gesetzentwurf zwei Ziele verfolgen: Es wurde eben behauptet, wir hätten nicht gesagt, dass wir Geld wollen. Das haben wir gesagt. Natürlich brauchen wir Geld. Das ist ein Ziel. Aber das gesundheitspolitische Ziel steht eigentlich für Gesundheitspolitiker im Vordergrund. Das möchte ich noch einmal betonen und ich denke, es ist im Gesetzentwurf des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes auch so beschrieben. Die Zielsetzung, die wir Gesundheitspolitiker eigentlich wollen, ist langfristig das Ziel, die Leute würden nicht mehr rauchen. Da habe ich natürlich keine Freunde hier im Raum, aber das ist mein Ziel. Ich möchte eine spezielle Frage stellen: Wir erleben aufgrund dieser Diskussion zur Tabaksteuererhöhung, dass neue Zigarettenpackungen auf den Markt dringen. Diese kleineren Packungen - 10-Zigarettenpackungen - sprechen eine besondere Zielgruppe an. Diese 10-Zigarettenpackungen sind mir ein Dorn im Auge. Ich möchte wissen, welchen Handlungsbedarf sehen Sie für den Gesetzgeber. Was sollten wir hier tun?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Lauterbach.

**Sv Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass Gesundheitsministerin Schmidt in der Vorbereitung des Gesetzes immer klargestellt hat, dass es in erster Linie darum geht, gesundheitspolitische Ziele zu realisieren. Bitte bringen Sie in Erinnerung, dass selbst zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen die jetzigen Regierungsparteien sie schon darauf hingewiesen hat, dass eine Erhöhung der Tabaksteuer der wirksamste Weg ist, das Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen positiv zu beeinflussen, weil dort die größte Preissensibilität ist. Das ist auch die Position, die ihre Berater immer aufrecht erhalten haben. Zum Zweiten, es muss...

Zwischenruf

**Vorsitzende Christine Scheel:** Der Herr Prof. Lauterbach hat das Wort.

**Sv Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Ein Gesetz muss daran gemessen werden, ob es die Ziele, die es erreichen will, auch erreichen kann. Das es dies kann, zeigt sich u.a. an der Abwehr, die wir heute von den Lobby-Gruppen erleben müssen. Zum Zweiten ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wenn das Gesetz weniger Steuereinnahmen als berechnet bringt, es nicht bedeuten würde, dass das Gesetz weniger erfolgreich als geplant, sondern dass es erfolgreicher ist. Wenn es tatsächlich dazu kommt, dass der Konsum so stark einbricht, dass diese Steuereinnahmen nicht realisierbar sind, wäre das Gesetz erfolgreicher als geplant. Dann würden allerdings auch die Steuereinnahmen, die man benötigt, geringer ausfallen. Denn wenn der Konsum so stark zurückgeht, dann würden auch weniger Steuer für die Finanzierung der solidarischen Krankenversicherung benötigt, als wir jetzt berechnet haben. Die 4,2 Mrd. Euro sind nur dann notwendig, wenn wir Ausgaben wie vorgesehen haben. D.h. bricht der Konsum stärker als vorhergesehen ein, dann wird auch weniger Steuer benötigt. Es fehlt keine Steuer. Das Gesetz ist entweder erfolgreich oder es ist sehr erfolgreich. Aber es kann nicht sein ...

#### Unruhe

es kann nicht sein, dass es nicht wirkt. So ist es - meine sehr verehrten Damen und Herren. Zum Zweiten: Die angemessene Reaktion auf die jetzt zu beobachtenden so genannten Kinderpackungen, d.h. die 10-Zigarettenpackungen, ist natürlich ein klares Verbot. Das ist ganz - ohne wenn und aber - auch aus den internationalen Erfahrungen abzuleiten. Kinderpackungen mit zehn Zigaretten sind aus meiner Sicht unethisch und sollten verboten sein. Zum Abschluss noch ein Hinweis auf den Feinschnitt: Es wurde darauf hingewiesen, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis von Feinschnitt zu Zigaretten sich in der Vergangenheit bewährt habe. Die Strategie ist, dass man in einer Phase der Steuererhöhung über das Feinschnittangebot die Raucher süchtig hält. Diese Strategie muss durchbrochen werden. Daher ist die Anhebung der Steuerbelastung durch den Feinschnitt genau der richtige Weg. Denn das primäre Ziel des Gesetzes ist, so viel Steuer einzunehmen wie nötig, aber so viel Sucht und Krankheit abzubauen wie möglich.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Dr. Pötschke-Langer, bitte.

**Sve Dr. Pötschke-Langer (Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg):** Ich nehme zuerst zu den Kinderpackungen Stellung. Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat sich sofort dagegen ausgesprochen, als diese Packungen auf den Markt gekommen sind. Das war vor einigen Monaten. Wir plädieren ganz, ganz eindringlich und nachdrücklich an Sie als Politiker, dem guten Beispiel Frankreichs zu folgen, das im Juli 2003 ein Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen - nämlich ein

Verbot von Packungsinhalten unter 19 Zigaretten - verabschiedet hat. Das wäre eine adäquate Antwort auf den neuen Markt, der hier besteht. Und wenn das ein integraler Bestandteil dieser Gesetzesvorlage würde, dann würde das nicht nur den Kinderschutz, sondern auch den Schutz der Steuermehreinnahmen betreffen. Das ist unsere Stellungnahme zu den Kinderpackungen. Ein ganz klares Plädoyer, Frankreich zu folgen. Zum zweiten, dem Gesundheitsargument: Ich möchte Sie noch einmal darauf eindringlich hinweisen, dass tatsächlich Tabaksteuererhöhungen der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger absolut zuträglich sind, d.h. es wird zu einer deutlichen Verringerung des Rauchverhaltens insbesondere bei Kindern und Jugendlichen kommen. Es wird aber auch eine Verringerung bei den preissensiblen sozialen Gruppen erfolgen, die durch gesundheitliche Aufklärung schwer zu erreichen sind. Bei einer ganz besonders sensiblen Gruppe, die unsere große Problemgruppe darstellen, haben wir internationale Untersuchungen vorgelegt, dass auch bei Schwangeren ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist. Das ist ganz, ganz bedeutsam. Deswegen ein ganz heißer Appell von uns als Mediziner und Wissenschaftler: Bitte entscheiden Sie klar für die Gesetzesvorlage. Wir haben das Beispiel Großbritannien immer wieder gehört. Wir haben es in unserer eigenen Stellungnahme zusammengefasst, dass in Großbritannien in den letzten 20 Jahren beispielhaft das passiert ist, was wir uns für Deutschland wünschen. Stete Tabaksteuererhöhungen führten in Großbritannien zu steten Steuermehreinnahmen bei gleichzeitiger Verminderung des Konsums, und zwar generell und vor allen Dingen bei steter Verminderung der Raucherrate in allen Altersgruppen. Ich habe Ihnen die Daten im Papier des Krebsforschungszentrums zusammengefasst. Bitte schauen Sie es sich an. Wenn wir das, wenn wir dem guten Beispiel Großbritanniens folgen würden, dann würden wir vielleicht in zehn Jahren tatsächlich besser dastehen. Und wir hätten einen enormen gesundheitlichen Benefit in Deutschland zu erwarten.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Dankeschön. Frau Kaupa, bitte.

**Gerlinde Kaupa (CDU/CSU):** Steuererhöhungen sind normalerweise Gift, aber Gesundheit ist Gold wert. Wie bringen wir das alles unter einen Hut, und was ist uns wichtig? Meine Frage ist an Herrn Prof. Siekmann. Gibt es verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Verwendung der Tabaksteuermehreinnahmen für die pauschale Abgeltung von Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen durch den Bund?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Siekmann, bitte.

**Sv Prof. Dr. Siekmann:** Ich habe diesen Punkt untersucht und auch in meiner schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, weil bereits von Kollegen aus dem Bereich

des Sozialrechts Bedenken angemeldet wurden. Diese beruhen aber auf einer Studie im Auftrag des Verbandes der privaten Krankenversicherer, die offenbar dort eine Ungleichbehandlung fürchten. Diese ist aber im Verfassungsrecht in relevanter Weise nicht zu bejahen. Eine Steuerfinanzierung versicherungsfremder Lasten der gesetzlichen Sozialversicherungen verstößt weder gegen das Rechtsstaatsprinzip noch gegen Grundrechte noch sind kompetenzrechtliche Bedenken im Ergebnis durchschlagend. Insoweit wäre die geplante Verwendung der Mehreinnahmen verfassungsrechtlich ohne Bedenken zu bejahen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Hubert Ulrich, bitte.

**Hubert Ulrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe zwei Fragen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Entschuldigung, die Kollegin Kaupa hatte noch eine Frage.

**Gerlinde Kaupa (CDU/CSU):** Ich hatte es vorhin vergessen gehabt. Ich wollte Herrn Prof. Adams fragen. Ein Gutachten der Zigarettenindustrie geht von einem hohen Arbeitsplatzverlust im Zusammenhang mit der Tabaksteuererhöhung aus. Sie selbst erklären, dass diese Aussage wissenschaftlich nicht haltbar ist. Bitte erklären Sie uns das.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Adams, bitte.

**Sv Prof. Dr. Adams:** Ich habe volles Verständnis für die Vertreter des Verbandes der Tabakindustrie und der Kioske und ähnliches mehr. Dort treten Arbeitsplatzverluste ein. Das ist unzweifelhaft. Aber was immer wieder verschwiegen wird - auch in dem Gutachten von Roland Berger -, ist weltweit eine Vielzahl von Studien, die genau untersuchen, welche Arbeitsplatzproblematik damit verbunden ist. Es ist für die einzelnen Bundesstaaten der USA untersucht worden, es ist für die USA insgesamt untersucht worden, es ist für Südafrika untersucht worden und für Simbabwe u.ä.m. Bis auf Simbabwe, das ein großes Tabakpflanzer-/Herstellungsland ist, ist überall das Ergebnis eindeutig: Es kommt zu mehr Arbeitsplätzen. Es wird vom Verband gesagt, dass hier welche verloren gehen. Die sitzen auch deshalb hier. Wen wir nicht sehen, sind diejenigen Industrien, in denen durch die Konsumverlagerung und durch die Steuermehreinnahmen an anderer Stelle Arbeitsplätze entstehen. Technisch gesprochen für Herrn Kollegen Pinkwart, die Arbeitsintensität nimmt in Deutschland zu, und das bedeutet Arbeitsnachfrage. Wir sind Gott sei Dank in einer sehr schönen Situation. Wir haben zwar für einzelne Branchen Arbeitsplatzverluste. Es besteht in der wissenschaftlichen Literatur aber kein Zweifel dran und es sind Input/Output-Analysen ohne Ende gemacht worden,

dass es insgesamt über die Volkswirtschaft nicht zu Arbeitsplatzverlusten kommt, sondern zu erhöhter Nachfrage, also zu Mehrarbeitsplätzen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Ulrich jetzt bitte.

**Hubert Ulrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will direkt daran anschließen, Herr Prof. Adams. Wie stufen Sie die Roland-Berger-Studie in diesem gesamten Zusammenhang ein? Und noch eine Frage an die Verbraucherzentralen: Wie stufen Sie die gesamte Diskussion um diese Tabaksteuererhöhung ein?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Bitte noch einmal Herr Prof. Adams.

**Sv Prof. Dr. Adams:** Man sagt immer, dass Geld Geist anzieht. Ich habe bei dieser Studie ein bisschen Zweifel. Es gibt zwei sehr kritische Punkte: Das Eine ist, dass die Roland-Berger-Studie Preiselastizitäten verwendet, die außerhalb jedes in der Literatur veröffentlichten Bereichs liegen. Er benutzt eine Preiselastizität, die sehr, sehr hoch ist, damit das Ergebnis herauskommt, dass Steuererhöhungen zu einem Rückgang der Nachfrage führen. Das ist nur für einen Sektor richtig. Den der Kinder und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche reagieren auf Preiserhöhungen sehr stark. Das ist das Problem für die Zigarettenindustrie. Die Zigarettenindustrie hat einen Erfahrungssatz: Kriegen wir sie jung, kriegen wir sie für's ganze Leben. Das ist in den Protokollen der Industrie überall nachzulesen. Sie muss die Kinder kriegen. Denn nach 20 wird praktisch keiner mehr süchtig. Das sind 15 % etwa. Diese Preiselastizität, also die Reaktion auf die Preiserhöhungen, treffen für die Kinder zu. Dort ist genau der Effekt, den wir gesundheitspolitisch haben wollen. In der Übergangszeit ist es sehr schwierig zu sagen, was passiert. Da ist die Literatur schwierig, weil es auch größere Sprünge sind. Aber über wenige Jahre hinweg wird sich Deutschland in dem Bereich finden, der von Studien aller Richtungen – experimentelle Ökonomie, alles was man ökonometrisch machen kann -, mit minus 0,4 ermittelt wurde. Das heißt, dass der Effekt eintritt, den auch Frau Dr. Pötschke-Langer sagt. Sie haben deutliche Steuermehreinnahmen, und Sie haben einen sehr starken Rückgang bei den Kindern und Jugendlichen, und Sie gewinnen damit die Zukunft.

**Sv Isenberg (Verbraucherzentrale Bundesverband):** Aus verbraucherpolitischer Sicht ist es natürlich per se kein Ziel, die Steuern zu erhöhen und Verbraucher durch Abschöpfung von Steuern zu belasten. Andererseits muss man natürlich auch fragen, was die Effekte von steuerpolitischen Maßnahmen sind? Welche Nachhaltigkeitsziele können erreicht werden? Wir als Verbraucherzentrale Bundesverband unterstützen ausdrücklich diesen Gesetzentwurf, da wir zum einen denken, dass das Nachhaltigkeitsziel ‚Sicherung von kurzfristigen Arbeitsplätzen‘

nachrangig zu beurteilen ist zu dem Ziel ‚Sicherung eines hohen Gesundheitsstatus der deutschen Bevölkerung‘, insbesondere wenn man weiß, dass einzelne Zielgruppen von dieser Steuererhöhung, tatsächlich, was das Nachhaltigkeitsziel Gesundheitssicherung betrifft, profitieren. Das sind natürlich insbesondere die Kinder und Jugendlichen, deren Konsumverhalten, nachhaltig durch eine Steuererhöhungspolitik im Bereich der Zigaretten positiv beeinflusst wird, die in einen Mix von anderen Maßnahmen eingebettet ist. Zweitens: Ich darf noch einmal auf einen weiteren Punkt hinweisen, den wir auch für sinnvoll erachten. Das ist die Option, diese Mehreinnahmen möglichst großzügig in den gesetzlichen Krankenversicherungen dafür einzusetzen, das Nachhaltigkeitsziel ‚Minimierung des Anstiegs der Beitragssätze‘ zu verwenden. Nicht nur weil das unter Umständen beschäftigungswirksam, also auch sinnvoll für den beitragszahlenden Verbraucher ist, sondern weil wir denken, dass es sinnvoll ist, durch präventionspolitische Maßnahmen insgesamt weniger Krankheiten zu haben. Wenn Sie sich die Zahlen von eben noch einmal ins Bewußtsein rufen, wo 30 000 Todesfälle im Jahr vermieden werden, dann ist das nicht nur die Frage, nach den direkten Kosten, die im Gesundheitswesen weniger anfallen, dann ist das auch die Frage, welches Erwerbspersonenpotenzial wir in Deutschland in der Zukunft haben. Wenn Sie sich diesbezüglich die unumstrittenen Analysen der Rürup-Kommission anschauen, sehen Sie ganz klar, dass wir in Deutschland ein demographisches Problem und ein Problem bezüglich der Verfügbarkeit der Humanressource ‚Erwerbspersonen‘ haben. Weniger Kranke bedeuten natürlich auch, dass die Wirtschaft besser dadurch wachsen kann, dass mehr Personen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, die darüber hinaus auch von der Gesellschaft mit Bildung und anderen Potenzialen aufgebaut worden sind. Insofern ganz klar die Aussage der Verbraucherzentrale Bundesverbandes. Wir unterstützen diese Maßnahme, weil sie eine nachhaltige langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenkassen zum einen sichert und zum zweiten dazu beiträgt, dass das Verbraucherschutzgut ‚gesundheitlicher Verbraucherschutz‘ im Vordergrund steht. Das muss eingebettet werden in einen Mix von weiteren Maßnahmen. Dazu gehört sicherlich das Verbot der Tabakwerbung. Insofern ist die Initiative der Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf nicht ausreichend. Das Verbot der 10-Zigarettenpackung ist auch eine notwendige Begleitmaßnahme, die noch ergänzt werden muss.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Pinkwart, bitte.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Wir haben von Herrn Lauterbach eine ganz hervorragende Interpretation des Zahlenmissverhältnisses gehört. Der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD kommt mit dem Finanzministerium auf zusätzliche Steuereinnahmen von etwa 2 Mrd. Euro. Sie kommen auf 4 Mrd. Euro. Das steht in dem anderen Gesetzentwurf, der von denselben Fraktionen

mitgetragen wird. Sie argumentieren auf wundersame Weise, dass sich diese 4,2 Mrd. Euro durch ganz andere Effekte möglicherweise ergeben könnten, indem Gesundheitskosten eingespart werden könnten. Eine ganz hervorragende Argumentation, wie man sie in keiner Weise in der Vorlage findet. Man müsste anders herum fragen, wieviel zusätzliche Gesundheitskosten müssen denn anfallen, damit nach dem Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform die 4,2 Mrd. Euro zusätzlichen Steuereinnahmen aus der Tabaksteuer überhaupt realisiert werden können. D.h. wieviel müssen die Deutschen mehr rauchen, damit diese Zahl von 4,2 Mrd. Euro überhaupt erreicht werden könnte. Mit dem Vorschlag, um einen Euro je Zigarettenspackung anzuheben, funktioniert es offensichtlich nicht, denn uns sagen die Fachleute aus dem Finanzministerium, dass man auf diesem Wege nicht zu den zusätzlichen Steuereinnahmen kommt. Deshalb möchte ich gern Herrn Bauer von Roland Berger fragen, wie Sie sich vorstellen könnten, dass man einen Betrag von 4,2 Mrd. Euro zusätzlicher Steuereinnahmen erreichen könnte und welche Tragweite dann Ausweichstrategien hätten. Welche Ausweichstrategien wären dann in Anbetracht der viel zu hoch angesetzten Steuererhöhung zu gegenwärtigen? Zum zweiten würde ich gern wissen wollen, inwieweit der Einwurf von Herrn Lauterbach zutreffend sein kann, dass über den Feinschnitt eine Ausweichüberlegung erfolgen würde, um die Raucher länger am Rauchen zu halten - sie eben nicht davon abzubringen. Herr Matthias hat in seinem Bericht vom Zollkriminalamt deutlich gemacht, dass diese Ausweichstrategie nach seiner Einschätzung nicht stattfindet und sich das Raucherverhalten nicht wesentlich ändern wird. Vielmehr wird es über illegale Wege abgewickelt werden, so dass zu befürchten wäre, dass die Strukturen in diesem Bereich sich weiter verfestigen. Die Anstrengungen des Staates zur Kontrolle dieser Gesetze das Bundesfinanzministerium hat heute ausdrücklich riesige Anstrengungen erwähnt, die man vorhat zu unternehmen, um die befürchtete Illegalität zu bekämpfen werden, wenn überhaupt, nur in Ansätzen hier begrenzen können, so dass sich über den Preis offensichtlich die Lenkungswirkung des Gesundheitsaspekts gar nicht erzeugen lässt. Wir haben nur eine fiskalische Betrachtung anzustellen und deswegen wäre für mich die Frage an Herrn Bauer, wie sich das tatsächlich fiskalisch realisieren ließe, wovon die Gesundheitspolitiker - ich sage einmal - träumen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Sie haben jetzt zweimal Herrn Bauer angesprochen. Prof. Lauterbach hat mir gerade signalisiert, er fühle sich missverstanden. Wären Sie einverstanden, weil sie nur einen Sachverständigen angesprochen haben, dass Prof. Lauterbach die Gelegenheit hat, das Missverständnis aus seiner Sicht aufzulösen?

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Ich hatte nicht vor, Herrn Lauterbach persönlich anzusprechen. Er hat seine Meinung dargelegt. Aber wenn er dem noch etwas entgegen kann - gerne.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Erst Herr Bauer und dann Herr Lauterbach.

**Sv Bauer (Roland Berger Strategy Consultants GmbH):** Wir kommen bei der Beantwortung der Frage zu dem Punkt, den Prof. Adams relativ provokativ angesprochen hat. Nämlich zu der Frage der Preiselastizitäten. Das war der Schwerpunkt unserer Untersuchungen und wir haben uns nicht auf Literatur beschränkt. Studien aus dem Ausland sagen alle, dass Preiselastizitätswerte aus dem Ausland nicht übertragbar sind. Das Verhalten des deutschen Verbrauchers kann nur in Deutschland untersucht werden. Aus unserer Sicht ist die einzig wissenschaftliche saubere Arbeit, Preiselastizitäten von versteuerten Zigaretten in Deutschland zu erheben, indem man die Vergangenheit in Deutschland analysiert. Bei der Analyse - das haben diejenigen, die die Untersuchung gelesen haben, gesehen - haben wir viel Zeit darauf verwendet, die einzelnen Zeiträume zu untersuchen. Da ergibt sich, dass die Elastizität von versteuerten Zigaretten - es wird nicht der Tabakkonsum untersucht, sondern die versteuerten Zigaretten, sonstige Substitutionsprodukte führen natürlich zu einer anderen Elastizität des tatsächlichen Rauchverhaltens - in der Vergangenheit in der Bandbreite von 0,7 bis 0,9 liegt. In den Zeiten von Preisschocks, die 1982 beobachtet werden konnten, liegt sie deutlich über -1. Wenn wir jetzt über tatsächliche Wege zu Mehreinnahmen reden wollen und über Wege, wie 4 Mrd. Euro tatsächlich eingetrieben werden können, dann ist die erste ganz wesentliche Frage, was die richtige Steuererhöhung ist. Wo ist der richtige Punkt auf der Laffer-Kurve? Wir haben in unserer Studie dargelegt, dass das Risiko besteht, dass wir uns auf der Laffer-Kurve auf einem Punkt negativer Steuerwirkungen bewegen. Wir müssen hier das Optimum finden. Das Optimum kann nur im Bereich von einerseits niedrigeren Steuerschritten und andererseits einer stärkeren Staffelung auf der Zeitreihe liegen. Der zweite Hebel, der in unserer Studie auch relativ konkret angesprochen wurde, ist natürlich das Thema der niedriger versteuerten Substitutionsprodukte, des Eigenimports und des Schwarzmarktes. Die Diskussion fand in diesem Rahmen schon statt, nach der eine Reihe von konkreten Maßnahmen definiert werden müssten, um die Verlagerung in Bereiche, die dann am deutschen Fiskus vorbeigehen würden, möglichst zu minimieren. Um noch einmal die absoluten Zahlen aus unserer Studie zu nennen: Auf Basis der von uns ermittelten Elastizitäten bei einer realistischen Betrachtung würde der BMF-Vorschlag kumuliert über die kommenden drei Jahre zu einer Mindereinnahme von 600 Mio. Euro gegenüber einer Fortschreibung des Status quo wie auch der VdC-Alternativvorschlag ‚nur‘ zu einer Mehreinnahme gegenüber einer Fortschreibung von 1,3 Mrd. kumuliert über drei Jahre führen würde. Beide Vorschläge sind also weit von den 4 Mrd. Euro entfernt. Man müsste wirklich auf die Vorschläge, die der Verband der Zigarettenindustrie bereits gemacht hat, noch einmal detaillierte Alternativvorschläge mit geringeren Steuerschritten gehen. Also

grundsätzlich den Weg gehen, den man auch in Großbritannien gegangen ist - kontinuierliche kleine Schritte -, um den Verbraucher an kontinuierliche Preissteigerungen zu gewöhnen. Da würde man sich wahrscheinlich dem optimalen Punkt nähern, ob sich der optimale Punkt bei 4 Mrd. Euro Zusatzeinnahmen überhaupt ergibt, vermag ich nicht zu beantworten und stelle es in Frage.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Prof. Lauterbach.

**Sv Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Ich darf mich bei Prof. Pinkwart für die großzügig eingeräumte Möglichkeit zur Klarstellung bedanken. Die Grundsituation ist die: Der Kollege von Roland Berger sprach vom optimalen Punkt. Der optimale Punkt ist nicht der Punkt, der die größte Steuerschöpfung bringt. Es ist nicht das primäre Ziel dieses Gesetzes, die Steuereinnahmen zu maximieren. Wenn das das Ziel wäre, dann könnte man sich also mit den Vorschlägen, die hier von Roland Berger vorgetragen werden oder auch vom Verband der Zigarettenindustrie, intensiver auseinandersetzen. Das Ziel ist, die Kosten im Gesundheitssystem zu senken, die Gesundheit zu verbessern und gleichzeitig Steuereinnahmen zu generieren. Die Steuereinnahme ist aber ein sekundäres Ziel. Die primären Ziele sind Kostensenkungen und Gesundheitsgewinn. Die komfortable Situation, in der sich dieses Gesetz befindet, ist die folgende: Wenn die Steuereinnahmen geringer ausfallen als berechnet, dann sind die Kosten überproportional gestiegen, d.h. dann ist auch der Steuerbedarf noch geringer. Ist es so, dass tatsächlich nur 2,1 Mrd. Euro eingenommen würden, dann wäre der Bedarf an Steuern noch stärker gesunken, d.h. die Differenz wäre dann positiv. Wir müssen sehen: Die drei Faktoren sind Gesundheit - also gewonnene Lebensjahre -, Kosten im Gesundheitssystem und Steuereinnahmen. Und das Gesetz wirkt so, dass jede Unterschätzung der Steuereinnahmen für das Gesundheitssystem netto eine Entlastung ist, weil dann der Steuerbedarf stärker als die Steuereinnahmen gesunken ist. So war meine Bemerkung, dass das Gesetz in jedem Fall erfolgreich ist, gemeint. Denn sinken die Steuereinnahmen, dann sinken die Steuerbedarfe über die Kostensenkungen überproportional. Somit also ist der optimale Punkt der, wo der Gesundheitsgewinn und die Kostenreduktion und nicht die Steuereinnahmen maximiert werden.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Kollege Spiller.

**Jörg-Otto Spiller (SPD):** Meine Frage richtet sich an den Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels und an den Verband der deutschen Rauchtobakindustrie. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass die Steuerbelastung des Feinschnitts prozentual deutlich stärker angehoben werden soll als für fertige Zigaretten. Ein Argument dafür war - auch bei unseren internen Debatten - die Überlegung, die in

ähnlicher Form oder vielleicht sogar sehr zugespitzt das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg in der schriftlichen Stellungnahme und heute noch einmal sinngemäß formuliert hat, dass gerade Jugendliche und Kinder davon abgehalten werden sollen, sich sozusagen auf die Einstiegstabakwaren zu stürzen, weil es relativ billig ist. Deswegen auch die Forderung des Krebsforschungszentrums, dass gerade beim Feinschnitt die Anhebung besonders hoch sein soll. Können Sie denn aus Ihren Erfahrungen und vielleicht auch mit belegbaren Ermittlungen dieses entkräften oder trifft das im Wesentlichen zu?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Fischel, bitte.

**Sv Fischel (Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels):** Ich kann Ihnen jetzt keine Marktzahlen vorlegen, aber aus der Erfahrung bestätigen, was heute schon ausgeführt wurde. Vielleicht finden anfangs Ausweichreaktionen auf den Feinschnitt statt. Aus Faulheits- oder wie auch immer -gründen wird die Markenzigarette oder die Handelsmarke wieder an erster Stelle stehen. Es ist so, wie es sich aus Ihrer Perspektive vielleicht schlimm anhört. Convenience-Produkte ersparen Zeit und sind leichter zu handeln ist. Trotz aller Preissensibilität ist der Konsument bereit, dafür Geld auszugeben. Nach einer kurzfristigen Spitze beim Feinschnitt gehen wir davon aus, dass sich eine Normalisierung auf dem heutigen Niveau schnell wieder feststellen lässt. Deswegen sind wir auch eindeutig gegen eine Überreaktion mit einer entsprechend überzogenen Steuererhöhung beim Feinschnitt.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Reinicke, bitte.

**Sv Reinicke (Verband der deutschen Rauchtobakindustrie):** Ich darf in diesem Zusammenhang die Zahlen wiederholen, wie sich der weitaus überwiegende Teil der Verwender von Feinschnitt zusammensetzt: Es sind eben nicht die Jugendlichen. 75 % aller Raucher sind über 30 Jahre alt. Man mag es bedauern oder nicht, aber in der heutigen jungen Generation stellen wir einen gewissen Markenfetischismus fest, d.h. die Marken, die heute im Feinschnittbereich vermarktet werden und das Produkt als solches sind schlicht und ergreifend nicht „in“. Heute profiliert man sich in einem Alter von 14, 15, 16, 17, 18, was immer Sie nennen wollen, über das allerneueste Nokia-Handy und nicht über eine völlig unschicke Feinschnittpackung. Wir haben es zu tun - krass gesagt - mit armen Leuten, die hoch preissensibel sind. Die werden sich, wenn diese Tabaksteuererhöhung für den Feinschnitt kommt, eben nach anderen preiswerten Alternativen umsehen. Preiswertere Alternativen gibt es nur im illegalen Bereich. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen anderen Punkt wiederholen: Wenn die Ausführungen von Herrn Prof. Lauterbach richtig wären, dann müssten wir rings um unser Land eine gigantische hohe Mauer ziehen. Bitte glauben Sie nicht, dass die Leute nicht den Unterschied zwischen konsumieren und

Einkaufsquelle kennen. Wir werden nicht erleben, dass der Konsum sinkt. Wir haben es auch in England nicht erlebt. Wir werden erleben, dass das versteuerte Volumen sinkt. Die Gesundheitsaspekte werden - mit allem Respekt - hier nachhaltig überschätzt. Es sei denn, wir machen die Grenzen wieder dicht - und zwar nicht zwischen Ost und West, sondern rings um die ganze Bundesrepublik.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Fahrenschon, bitte.

**Georg Fahrenschon (CDU/CSU):** Ich wollte die Debatte um verschiedene Modelle noch einmal um die Modelle der deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft erweitern. Auch Sie haben uns in Ihrer schriftlichen Stellungnahme dankenswerter Weise drei Modellrechnungen an die Hand gegeben und Sie werden nachvollziehen können, dass uns natürlich insbesondere die Modellrechnung 3 besonders interessiert, weil Sie da auf den ungeheuerlichen Ausfallbetrag von 22,8 Mrd. Euro p.a. kommen. Im Verhältnis zu den 1,3 Mrd. Euro bzw. den 1,5 Mrd. Euro, die die Modelle 1 und 2 ausmachen, ist das eine Riesensumme. Mich würde einmal interessieren, mit welcher Wahrscheinlichkeit Sie davon ausgehen, dass der Konsum der Zigaretten um 20 % zurückgeht und im selben Zusammenhang die Steigerung des Schmuggels eintreten soll. Können Sie unterlegen, wie Sie auf diese Riesensumme von 22,8 Mrd. Euro Ausfall kommen? Und in diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch, noch einmal Herrn Matthias vom Zollkriminalamt zu fragen. Ich glaube, der Zusammenhang zwischen Zigarettschmuggel und organisierter Kriminalität bräuchte noch einmal eine Erläuterung hinsichtlich der Margen, die quasi in diesem Geschäft liegen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass mit einer Lkw-Ladung über 1 Mio. Euro hinterzogen werden kann. Können Sie uns aus dem laufenden Geschäft einmal sagen, mit wieviel Lkw-Ladungen wir in Deutschland pro Jahr unterwegs sind. Wenn wir schon dem Beispiel Großbritanniens folgen sollen, dann würde das auch bedeuten, dass wir uns den 20 %igen Anteil von Schwarzmarkt-Zigaretten entsprechend einkaufen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Meyer.

**Sv Meyer (BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft):** Zunächst darf ich einen Irrtum aufklären: Wir haben in der Modellrechnung 3 nicht einen Verlust von 22,82 Mrd. Euro errechnet, sondern gesagt, es werden wahrscheinlich 22,82 Mrd. Euro erzielbar sein gegenüber theoretisch 30,26 Mrd. Euro die - wenn alles gleich bliebe und die Tabaksteuererhöhung durchgreifen würde - erzielbar wären. Die 20 %, von denen wir denken, dass sie beim Konsum zurückgehen, gehen auf Schätzungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung zurück. Dem kann man glauben oder nicht, wir haben das unterstellt. Die Modellrechnung 3 ist die Modellrechnung, die ich für sehr wesentlich halte und in der wir uns vom Grundsatz

her nicht von den Argumenten unterscheiden, die von der Lobby der Tabakwarenindustrie kommen. Das Ergebnis ist - das hat Herr Prof. Lauterbach bei allem schuldigen Respekt völlig ausgeblendet, wenn er sagt, dieses Gesetz wird, selbst wenn es zu Mindereinnahmen führt, ein erfolgreiches Gesetz sein - nur unter der Voraussetzung zutreffend, dass Sie davon ausgehen, alle Menschen, die in Deutschland Zigaretten rauchen, diese Zigaretten auch in Deutschland kaufen. Ich glaube und Herr Matthias wird bestätigen, dass das Gesetz sozusagen keine Mehreinnahmen zur Folge haben wird und sich der Konsum unversteuerter Zigaretten - sie sind ja nicht notwendigerweise eingeschmuggelt - verdoppeln würde. Das halten wir für eine sehr konservative Schätzung mit Blick auf das, was wir in der Vergangenheit als Entwicklung am Markt erlebt haben. Gehen Sie einmal in Berlin zu Aldi oder zu Plus oder zu Lidl einkaufen. Dann stellen Sie fest, dass wir nicht nur über das reden, was an der Grenze stattfindet, sondern über den Handel, der überall in Deutschland stattfindet und bei allen Beteiligten, auch den Steuerhehlern, ein völlig fehlendes Unrechtsbewußtsein. Dessen eingedenk, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass der Einfuhrschmuggel oder der Verbrauchsteuer-Tourismus drastisch zunehmen wird, wenn selbst die 20 %-Annahme des Gesundheitsministeriums beim Erwerb legaler, in Deutschland versteuerter Zigaretten eine zutreffende Größenordnung ist. Man wird dieser Situation nur wirksam begegnen können - wenn man dies gesundheitspolitisch so will - und muss sich auch darüber im Klaren sein, dass jenseits der Gesundheitspolitik beim Grad innerer Sicherheit und Einnahmen eine große Lücke entsteht, die jemand schließen muss. Oder die Politik nimmt billigend in Kauf, dass sie sagt, ich will ein gesundheitspolitisches Ziel erreichen, aber ich tue dies um den Preis der Verschärfung von Kriminalität und gleichzeitig - das habe ich aus den Beiträgen der Damen und Herren der Tabakindustrie und des Herrn von der NGG gelernt - um den Preis einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Fahren Sie an die polnische Grenze und suchen Sie außer einer Tankstelle ein Tabakgeschäft. Das tun Sie dann noch einmal in Luxemburg und tun Sie es an anderer Stelle. Da kriegen Sie einen Herzschlag - und dieser Prozess wird sich drastisch erhöhen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Matthias, bitte.

**Sv Matthias (Zollkriminalamt):** Es fällt mir schwer, nun mit ausreichend gesicherten Zahlen zu operieren. Der Begriff Schwarzmarkt oder Schwarzhandel sagt bereits aus, dass alles im Schätzungsbereich liegt. Deshalb bin ich auch in meiner Stellungnahme vorsichtig gewesen und habe ausgehend von einem Prozentsatz von 5 % Schwarzmarkt dargestellt, welche Auswirkungen das haben könnte. Ich habe nur angedeutet, wie die weiteren Steigerungsraten sein könnten, wenn der Schwarzmarktanteil z.B. auf 10 % geht. Ob der so hoch geht, vermag ich nicht einzuschätzen. Was die Frage zur OK (organisierten Kriminalität - Anm. d. Verf.)

betrifft, denke ich, dass der Anteil hochgehen wird. In welchem Umfang, dazu habe ich keine belastbaren Zahlen. Wenn die Situation am 1. Mai kommt und wir keine Kontrollen mehr haben, sondern nur noch stichprobenartige Kontrollen an den Autobahnen, wird das sicherlich Anreiz erhöhend wirken. Was das OK-Verfahren betrifft, sind dies definiert, über gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen, oder dass mit Gewaltanwendung und Einschüchterungsmitteln gearbeitet wird bzw. mit Einflussnahmen von Politik und Verwaltung. Grob die Hälfte der bei uns laufenden OK-Verfahren müssen dem Zigaretenschmuggel zugerechnet werden. Wieviel Lkw unterwegs sind, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass grob die Hälfte der im letzten Jahr sichergestellten Zigaretten - und das ist eine Tendenz der vergangenen Jahre - unter Tarnladungen auf Lkw im gewerblichen Verkehr transportiert wurden.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Dankeschön. Herr Hilsberg.

**Stephan Hilsberg (SPD):** Ich habe eine Frage an jeweils einen Vertreter des Verbandes der Cigarettenindustrie und des Bundesverbandes der deutschen Tabakwaren-Großhändler, die auch mit den Automaten beschäftigt sind. Im Zusammenhang mit dem Gesetz steht die Herausforderung, dass man die Automatenpackung umgestalten muss. Uns interessiert schlicht und einfach, welcher Zeitraum und welcher Aufwand von Ihnen veranschlagt wird.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Gretler, bitte.

**Sv Gretler (Verband der Cigarettenindustrie):** Ich würde gern beginnen und dann das Wort an Herrn Spengler weitergeben, was die Automatenaufsteller angeht. Wir haben unserer Stellungnahme ein TÜV-Gutachten zu diesem Thema beigelegt. Frau Vorsitzende, Sie haben einleitend über den weiteren Gesetzesverlauf berichtet und gesagt, dass wir am 07.11.03 die Lesung im Bundesrat haben, sodass wir realistisch davon ausgehen, dass das Gesetzblatt Ende November vorliegen wird. Hier gibt es zwei Punkte. Der eine ist mit den Automaten verbunden, darauf wird Herr Spengler eingehen. Der andere hängt damit zusammen, dass es eine Tabaksteuer-Durchführungsverordnung gibt. Da sind die Bänderrollen-Bezüge geregelt. Allein daraus ergibt sich ein Gesamtzeitraum von etwa 17 Wochen. Wenn wir vom 20.11.03 ausgehen, ist ein Termin 01.01.04 technisch nicht umsetzbar. Was den Automaten angeht gibt es zwei Elemente. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Hersteller größere Packungen herstellen müssen. Dafür ist vom TÜV Berlin/Brandenburg eine Studie erstellt worden, die davon ausgeht, dass das Gesamtsortiment auf die größeren Packungen und die Geräte auf die 4 Euro, die es dann notwendigerweise sein müssten, umzustellen, einen Zeitraum von etwa fünf bis sechs Monaten bedarf.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Spengler.

**Sv Spengler (Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller):** Wir als Tabakwaren-Großhändler betreiben 800 000 Zigarettenautomaten. Diese Zigarettenautomaten müssen auf eine andere Münz-Konfiguration umgebaut werden. Sie müssen aber auch mit höheren Warenbeständen ausgestattet werden, wenn wir auf 4 Euro gehen. Das bedeutet, dass wir rund 33 1/3 mehr Kapital brauchen und wir uns mit der Liquidität auseinandersetzen müssen. Da muss ich leider sagen, dass wir hier in den letzten Jahren durch die Euro-Umstellung, durch die permanenten Steuer- und Preiserhöhungen einen Liquiditätsbedarf hatten, der weit über das hinausgeht, was wir erwirtschaften konnten. Denn zur gleichen Zeit mussten wir auch über 20 % unserer Marge opfern. Wenn ich mir vorstelle, dass dieses Gesetz in Kraft tritt, dann haben wir im Verhältnis 2005 zu 2001 einen fast 100 % höheren Packungspreis im Automaten. Und wenn ich vom Preis her 100 % mehr an Ware benötige, dann ist das für den Tabakwaren-Großhandel, der die Zigarettenautomaten aufstellt und betreibt, von der Liquidität nicht mehr darstellbar. Wir sind ausgezehrt und aufgebraucht. Wenn Sie uns heute fragen, wie lange wir brauchen, dann haben wir einen Zeitrahmen von einem knappen halben Jahr. Aber wir haben auch die Jugendschutzgeschichte vor uns. Wir haben uns gegenüber dem Gesundheitsministerium verpflichtet, bis zum Ultimo des Jahres 2006 unsere Automaten für Jugendliche unter 16 Jahren durch eine chipkartengestützte Lösung zugangssicher zu machen. Auch die kostet 400 Mio. Euro. Wir haben so viele Belastungen und brauchen infolgedessen ein ruhiges Geschäft, ein vernünftiges Geschäft und auch Umsätze. Wir brauchen nicht Umsätze, die ins kriminelle Milieu abwandern.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Seiffert, bitte.

**Heinz Seiffert (CDU/CSU):** Ich möchte gern die Gelegenheit wahrnehmen und den Bundesverband deutscher Tabakpflanzer und den Bundesverband der Zigarrenindustrie, den ich als Zigarrenraucher fragen möchte, bitten, die Auswirkungen des Gesetzentwurfs darzustellen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Pfanger, bitte.

**Sv Pfanger (Bundesverband deutscher Tabakpflanzer):** Natürlich ist für uns Tabakpflanzer eine derartige Steuererhöhung eine sehr schwierige Sache und sie wird an uns vermutlich nicht spurlos vorübergehen. Wenn die prognostizierten Umsatzeinbußen bei unseren Verarbeitern kommen, wird es so sein, dass es sich natürlich auch auf das Produkt, das wir herstellen, auswirkt. Wenn Umsatzrückgänge

da sind, wird weniger Rohtabak gebraucht. Das kann sich in der Preissituation für uns auswirken, das kann sich aber wenn Fabriken geschlossen werden, auch dahingehend auswirken, dass wir nicht mehr in dem bisherigen Maß unsere Tabake absetzen können. Es werden bestehende gute Marktströmungen zerstört. Es sei nur nebenbei erwähnt, dass unsere Tabake aufgrund der inneren Werte, die wir im deutschen Tabak haben, mit Sicherheit eine Bereicherung der Produkte darstellen und es wäre schade, wenn diese Tabake in der Zukunft nicht mehr in dem Umfang wie bisher am Markt abzusetzen wären.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Ostermeyer, bitte.

**Sv Ostermeyer (Bundesverband der Zigarrenindustrie):** Die geplanten Tabaksteuererhöhungen, die die Zigarre betreffen, stellen für uns eine absolute Obergrenze des Machbaren dar. Ich darf dazu erwähnen, dass die deutsche Zigarrenindustrie über ganz überwiegend klein und mittelständisch ist und von familiengeführten Unternehmen repräsentiert wird. Nur einmal als Beispiel: Die größten Unternehmen haben 300 bis 400 Mitarbeiter; die Masse der Unternehmen hat 30 bis 50 Mitarbeiter - um zu zeigen, um welche Unternehmen es geht. Im Übrigen unterliegen wir im Augenblick großen finanziellen Belastungen, die uns aus Brüssel aufgedrückt werden und die die Bundesregierung manchmal auch nicht ganz glücklich umsetzen muss. Ich darf Sie nur beispielsweise an die großen Warnhinweise erinnern und ähnliche Dinge. Es ist schon vielfach angesprochen worden, dass der Gesundheitsaspekt eine Rolle spielt. Ich darf dazu sagen, dass der normale Zigarrenraucher in der Bundesrepublik zwischen 35 und 70 oder 80 ist und insofern auch ziemlich genau weiß, was er macht. Zu den Belastungen: Was für uns in Zukunft ein viel schwierigeres Problem als die steuerliche Belastung sein wird, ist vom BTWE schon dargestellt worden und ergibt sich auch aus der Berger-Studie. Wenn tatsächlich zutrifft, dass eine Vielzahl von Tabakwareneinzelhandelsgeschäften diese Tabaksteuererhöhung nicht überlebt, liegt es sicherlich nicht daran, dass die Zigarrensteuer - wenn ich die einmal so nennen darf - so erhöht worden ist, sondern an anderen Produkten. Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass unsere Produkte zu 80 bis 90 % über diese Tabakwareneinzelhandelsgeschäfte abgesetzt werden. Andere Absatzkanäle sind nur beschränkt möglich. Wenige der Produkte werden über Tankstellen vertrieben, die Masse der Zigarren werden aber über Tabakwareneinzelhandelsgeschäfte vertrieben. Das ist ein großes Problem, wenn diese sterben, wie es von Berger dargestellt worden ist. Dann würden für uns die Absatzwege wegfallen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Ulrich, bitte.

**Hubert Ulrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an Frau Dr. Pötschke-Langer. Sie haben die Tabakkontrollpolitik verschiedener Staaten ausgewertet. Welche Ansatzpunkte zur Unterbindung des Schmuggels erscheinen Ihnen hilfreich und auf Deutschland übertragbar? Und noch eine zweite Frage: Gibt es irgendwelche Zusammenhänge zwischen der Zigarettenindustrie und dem internationalen Schmuggel?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Frau Dr. Pötschke-Langer, bitte.

**Sve Dr. Pötschke-Langer (Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg):** Zigaretenschmuggel wird in den verschiedenen europäischen Ländern ganz unterschiedlich angegangen. Ich bin da nicht kompetent, Ihnen Vergleichszahlen vorzulegen. Es gibt inzwischen ein internationales Abkommen, das Deutschland mit unterschreiben wird. Das ist das Rahmenabkommen zur Tabakkontrolle weltweit. Dieses Rahmenabkommen schlägt ganz konkrete Maßnahmen gegen den Schmuggel vor, welche von allen Staaten gleichermaßen vollzogen werden sollten, damit der Kampf gegen den Schmuggel erfolgreich sein kann. Das bedeutet vor allen Dingen die Einführung eines Code-Systems, eines Markierungssystems auf allen Zigarettenpackungen, das es allen Ländern möglich macht, den Hersteller und das Bestimmungsland zu ermitteln. Das muss in dem Code erfaßt sein. Gleichsam von Bedeutung ist - da komme ich zur zweiten Frage, inwieweit nicht die Hersteller verpflichtet und in die Verantwortung gezogen werden sollten für den Vertrieb ihres Produktes, denn schließlich und endlich handelt es sich um ein Produkt, das bei bestimmungsgemäßem Gebrauch einen Großteil seiner Konsumenten süchtig und krank macht und vorzeitig versterben läßt - dass ganz andere Kriterien zur Grundlage gemacht werden müssten, als bei anderen Produkten. Deswegen ist dieses internationale Abkommen von Bedeutung und ich bin sicher, dass auch die Bundesregierung in den nächsten Jahren mit anderen Staaten entsprechende Maßnahmen ergreifen wird. Zur Rolle von Tabakindustrie und Schmuggel: Sie alle haben das der Presse entnehmen können, dass ein gesamter Vorstand von Reemtsma zurückgetreten ist. Sie wissen sicherlich, was der Hintergrund sein könnte. Ich möchte mich dazu nicht äußern. Dennoch ist es seltsam, dass auf dem Markt der Schmuggelzigaretten wesentlich die Markenzigaretten sind. Und diese Markenzigaretten werden von entsprechenden Firmen hergestellt, von denen es nur drei große Hersteller in Europa gibt. Da sollte man vielleicht einmal ansetzen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Thiele, bitte.

**Carl-Ludwig Thiele** (FDP): Ich habe abschließend eine Frage an Prof. Dr. Lauterbach. Wir haben heute eine Anhörung des Finanzausschusses. Da steht natürlich oben drüber „Bitte nicht rauchen!“.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Das steht da aber immer drüber.

**Carl-Ludwig Thiele (FDP):** Aber auch heute steht das drüber. Wir haben eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BT-Drucksache 15/1313, den ich, als ich Ihnen zugehört habe, einfach noch einmal durchgeblättert habe. Wo steht denn in dem Gesetz etwas zu den gesundheitspolitischen Auswirkungen? Ich hatte einleitend schon darauf hingewiesen, dass ich es nicht gefunden habe...

#### Zwischenruf

Ich möchte einfach Ihren Sachverstand nutzen, um mir vielleicht noch den richtigen Weg weisen zu lassen.

**Sv Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Ich bin nicht gebeten worden, eine Exegese des vorliegenden Gesetzestextes vorzunehmen, sondern abzuschätzen, wie die Auswirkungen sein werden. Ich hatte darauf hingewiesen, dass das Gesetz nachher in Bezug auf seinen Erfolg an den Auswirkungen gemessen werden muss und nicht an der Formulierungsarbeit. Die Auswirkungen werden aus meiner Sicht positiv sein. Ich habe auch nach der heutigen Anhörung keinen Zweifel daran, dass die gesundheitspolitischen Ziele des Gesetzes erreicht werden können ...

**Carl-Ludwig Thiele (FDP):** Welchen Gesetzes, Herr Sachverständiger? Wir haben hier dieses Gesetz, was ich gerade zitiert habe, BT-Drucksache 15/1313. Wo steht in diesem Gesetz, was Sie gerade vortragen?

**Sv Prof. Dr. Dr. Lauterbach (Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen):** Ich habe nicht das Gesetz kommentiert, sondern die Effekte dieses Gesetzes. Ich bin darum gebeten worden, die Auswirkungen des Gesetzes abzuschätzen. Diese Abschätzung habe ich in Bezug auf die gesundheitspolitischen Effekte, die Steuereinnahmen und die Kostenauswirkungen im Gesundheitssystem selbst vorgenommen. Auf der Grundlage dieser Bewertung komme ich zu dem Schluss - auch nach der heutigen Anhörung -, es gibt keinen Zweifel daran, dass dieses Gesetz das primäre gesundheitspolitische Ziel, insbesondere Kinder und Jugendliche vom Rauchen abzuhalten, erreichen kann, und dass die Steuereinnahmen für die Ziele, die erreicht werden sollen, ausreichen werden. Es haben sich aus meiner Sicht auch keine neuen Erkenntnisse zu den Preiselastizitäten ergeben. Die Preiselastizitäten sind wieder kontrovers diskutiert worden. Ein Gesetz kann nicht spezifischer sein als die Annahmen, die für eine

Steuerschöpfung herangezogen werden können. Diese Annahmen haben eine Bandbreite und diese Bandbreite ist berücksichtigt worden und aus meiner Sicht fair und ohne Vorgabe einer Pseudogenauigkeit. Ich glaube nach wie vor, dass die Schätzung der Auswirkungen vom BMGS die realistischste ist. Die 4,2 Mrd. Euro sind aus meiner Sicht die realistischste Schätzung. Sollte man aber hier die Einnahmen unterschätzen, dann kann das nur darauf zurückzuführen sein, dass das Gesetz gesundheitspolitisch erfolgreicher ist, als angenommen wurde.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Letzte Wortmeldung, Frau Wülfing, bitte.

**Elke Wülfing (CDU/CSU):** Wenn das die letzte Wortmeldung ist, noch ganz kurz zu dem, was Herr Thiele gesagt hat. In dem Gesetzentwurf steht als Ziel, zur pauschalen Abgeltung von Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen durch den Bund. Ich kann mich gut daran erinnern, dass über Mutterschaft geredet worden ist. Das war aber nicht meine Frage. Ich möchte ganz gern nachfragen, weil das für uns als Ausschuss wichtig ist. Wie die Möglichkeit des Inkrafttretens faktisch eingeschätzt wird. Die Frage möchte ich gern an Herrn Fischel vom Bundesverband des Tabakwareneinzelhandels und an Herrn Krug vom MSI richten. Wenn wir das Gesetz erst Ende November veröffentlichen, kann tatsächlich zum 01.01.04 die Preiserhöhung in Kraft treten bzw. welche Auswirkungen hätte es, wenn es erst zum 01.04.04 oder erst zum 01.05.04 in Kraft treten könnte?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Fischel, bitte.

**Sv Fischel (Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels):** Nach dem heutigen Stand wissen wir alle, dass eine Umsetzung dieser Vorschläge zum 01.01.04 aus praktischen Argumenten schlechterdings nicht möglich ist. Sie haben vorhin auch die Übergangsfristen vernommen, die zur Vorbereitung notwendig sind. Aus spezifischer Sicht des Tabakwarenfacheinzelhandels muss ich sagen, wir brauchen - egal wann die Umsetzung erfolgt - entsprechende Übergangsfristen, damit sich die Lagerbestände von Seiten des Unternehmers darauf einstellen können.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Krug, bitte.

**Sv Krug (MSI Market Services GmbH):** Ich muss mich entschuldigen, wir waren abgelenkt, weil jemand etwas fragte. Können Sie die Frage wiederholen?

**Vorsitzende Christine Scheel:** Ich bitte die Kollegin, das noch einmal zu tun.

**Elke Wülfing (CDU/CSU):** Es geht um das, was Herr Fischel eben schon beantwortet hat. Wie sieht es aus Ihrer Sicht mit der Möglichkeit der Einführung zum 01.01.04 aus?

**Sv Krug (MSI Market Services GmbH):** Da können wir als MSI Market Services schlecht etwas zu sagen, weil wir uns mit dieser Problematik nicht beschäftigen. Wir können sagen, egal wann es kommt: Je höher die Preisdifferenz ist, desto größer werden die privaten Importe aus dem Ausland. Zu dieser Verschiebungsproblematik kann Herr Dr. Brückner eher etwas sagen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Herr Dr. Brückner, bitte.

**Sv Dr. Brückner (Verband der Cigarettenindustrie):** Das sind technische Vorgänge, die man erläutern muss. Die Tabakerzeugnisse werden durch Banderolen versteuert, die vom Hersteller aufgebracht werden. Diese Banderolen bezieht man über eine Steuerzeichenstelle. Wenn wir - die Hersteller - die neuen Steuertarife wissen, dann haben wir einen bestimmten Zeitraum - sagen wir eine Woche -, um auf dieser Basis die neuen Preise für Ihre 317 Marken zu kalkulieren. Wenn sie diese Preise wissen, geben sie eine Bedarfsmeldung für die einzelnen Marken und deren Mengen für eine Erstausrüstung an die Steuerzeichenstelle. Die Steuerzeichenstelle hat nach § 14 Abs. 2 der Durchführungsverordnung acht Wochen Zeit, diese Bedarfsmeldung zu erfüllen. Wenn sie schneller sind, brauchen sie vielleicht nur vier - dann verkürzt sich das. Wenn die Hersteller dann die Tabaksteuerzeichen beziehen, haben sie nach § 32 des Tabaksteuergesetzes acht Wochen Zeit, bis der neue Tarif in Kraft tritt. Im Gesetz steht, acht Wochen vor Inkrafttreten des neuen Tarifes dürfen wir diese Steuerzeichen beziehen. Wenn wir diese Fristen zusammenzählen, dann ergibt sich ein Zeitraum von bis zu 17 Wochen, der allein aus versteuerungstechnischen Gründen zwischen dem Bekanntgeben des Tarifes im Bundesgesetzblatt und Inkrafttreten des Steuertarifes liegt. Wann das im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben wird, das können Sie besser beurteilen. Darauf dann die 17 Wochen.

**Vorsitzende Christine Scheel:** Vielen herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende der Anhörung angekommen. Ich hoffe, es ging nicht vielen so wie mir, ich habe ziemlich gefroren. Aber dennoch, wir liegen gut in der Zeit. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Ende: 15.11 Uhr/Up.